Abend-Ausgabe (Preis für Berlin 20 Pfg.)

# Deutsche Allgemeine Zeitung

60. Jahrg. Erscheint wochentags zweimal, sonntags und montags einmal. — Sie bringt täglich eine Unterhaltungsbeilage; ferner in der Sonntags-Nummer eine illustrierte Zeitage mit Bildern aus der Zeitgeschichte und in der Mittwoch-Nummer abwechselnd eine Modenbeilage und eine Kunstbeilage. Außerdem erscheinen in täglich wechselnder Folge die Beilagen: „Wirtschaft und Recht", „Kraft und Stoff", „Der Weltverkehr", „Die Welt der Frau", „Lehren und Lernen", „Reisen und Wandern".

Dienstag, 4. Januar 1921

Bezugspreis vierteljährlich Mk. 36.—. Bestellung bei allen Postanstalten. Täglich einmalige Zustellung unter Streifband innerhalb Deutschlands vierteljährlich Mk. 40.—; in Danzig Mk. 100.—. Anzeigenpreis für die 33 mm breite mm-Zeile für Stellenanzeigen Mk. 2.40, für die 67 mm breite Reklamezeile Mk. 5.—. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin SW 48, Wilhelmstr. 30-32. Fernsprecher: Geschäftsstelle Amt Jägerplatz 9980—88, Schriftleitung Amt Jägerplatz 4283—88.

Nr. 4

## Bayerische Probleme.

Von unserem ständigen Mitarbeiter.

L. München, 2. Januar.

Der politisch-unitarische Zug der Zeit, der, aus der Not geboren, in vielem eine gewisse Berechtigung hat, muß vor der Eigenart der süddeutschen, insbesondere der bayerischen Verhältnisse haltmachen. Diese fordern gebieterisch, daß sie sich in den Rahmen der deutschen Gesamtpolitik nicht ohne weiteres in ihrer vollen Bedeutung zwängen. Gibt heute der Jahreswechsel zu solcher Erinnerung Anlaß, so soll und darf dies nicht dazu führen, die Dinge in rosigeres Licht zu setzen, als es die Wirklichkeit gebeut. Dazu sind die Hauptprobleme bayerischer Politik auf die sich unsere Gedanken beschränken wollen, zu ernst.

Das bayerische Problem, das augenblicklich im Vordergrund des Interesses steht, heißt Einwohnerwehr. Wir stehen hier einem geradezu tragisch anmutenden Dilemma gegenüber. Kriegspsychose gegen Revolutionspsychose, Frankreich fordert die Entwaffnung und Auflösung der Einwohnerwehr, weil es in dieser Einrichtung eine gesährliche armée en civil sieht, Bayern hält die Einwohnerwehr heute noch für unentbehrlich, da der Staat allein von sich aus die Sicherheit im Lande noch nicht gewährleisten könne. Die französische Auffassung ist völlig ungerechtfertigt, ja sinnlos, man muß die Angelegenheit betrachten von welcher Seite man will. Selbst der heftigste Widersacher der Einwohnerwehr muß, wenn er ehrlich bei der Wahrheit bleiben will, zugeben, daß die Einwohnerwehr für irgendeinen Feldzug nach außen nicht allein unzulänglich, sondern überhaupt völlig unbrauchbar ist. Solche Fähnlein mit solcher Bewaffnung hätten vielleicht zur Napoleonischen Zeit Beachtung verdient, heute wird es auch dem selbstbewußtesten Einwohnerwehrmann nicht einfallen, einen Feldzugsplan auch nur gegen das kleinste moderne Heer, geschweige denn gegen Frankreich schmieden zu wollen. Jeder vorurteilslose Beobachter, der sich auch nur wenige Wochen die bayerische Einwohnerwehr von innen und außen betrachtet, wird dieser Meinung beipflichten. Kommt man in Paris nicht zu dieser Erkenntnis, so ist dann die Einwohnerwehr vielleicht insofern schuld, weil sie sich in bajuvarischen Gebräuchen bei Gelegenheiten ein gewöhnungsreres Gepräge gab, als ihr tatsächlich zukommt. Die Hauptschuld an der „militärischen" Ueberschätzung der Einwohnerwehr bei unserer ehemaligen Gegnern liegt aber zweifellos in der als Ausweichung der Kriegspsychose zu wertenden Uebergängigkeit der Franzosen von Deutschland. Diese Furcht erschwert auch den Versuch, Frankreich von seiner falschen Auffassung zum rechten Urteil zu bekehren. Daß kommt die unübersehbare Tatsache, daß die Entente heute die Macht hat, ihren Willen durchzusetzen, auch wenn er sich auf unbereinigte Voraussagungen stützt.

Die öffentliche Meinung Bayerns behandelt die Frage begreiflicherweise unter den Nachwirkungen der Revolutionspsychose, die bisher in keinem Land also irgendwo sonst in Deutschland. München hat eben die Schrecken einer kommunistischen Herrschaft in langen Wochen verspürt; die Erinnerung daran verblaßt nicht von heute auf morgen. Monatelang durchjagten wilde Gerüchte und Alarmnachrichten aller Art die Hauptstadt und das ganze Land. Blutrünstige Reden von wissen Burschisten ließen die kaum verflaute Nervosität fast wieder neu erleben. Aus solchen Verhältnissen erwächst leicht eine, vielleicht nicht in vollem Ausmaße berechtigte Reaktionslichkeit von sozialistischen Umsturzplänen. Diese Besorgnis findet tatsächliche Unterlagen in dem Umstand, daß nach den gefährlichen Strömungen nach der Räterepublik ein großer Teil der Waffen bei den linksradikalen Elementen verblieben ist, in der Tatsache, daß im Juni 1920 in München allein nicht weniger als 24.000 Stimmen für die Kommunistische Partei abgegeben worden sind, und schließlich in der offensichtlichen Zuspitzung der Gegensätze zwischen Sozialismus und Bürgertum. Es ist die Einwohnerwehr unglücklicherweise schon fast zur Prestigesache geworden. Damit erscheint die Gelegenheit, daß der politische Blick zu starr an dem einen Punkt haftet und dabei die größeren Zusammenhänge und Wirkungen übersieht. Das gleiche gilt, in erhöhtem Maße noch, für Frankreichs Haltung in dieser Frage, mit dem erwähnten Unterschied freilich, daß dort die Macht für die Durchsetzung des Willens vorhanden ist, daß dort die Entwaffnung und Auflösung der bayerischen Einwohnerwehr zur Prestigeangelegenheit geworden.

Beharren auf dem Prestigestandpunkt macht die glückliche Lösung jedes Konfliktes doppelt schwer; es kann zum Unheil für beide Teile auswachsen. Nur eine Behandlung läßt hier leichter einen gangbaren Weg zur Einigung finden. Die Angelegenheit steht außenpolitisch in einem so akuten Stadium, daß es genügen muß, hier allgemeinen Betrachtung nur noch wenige Worte anzufügen: Die bayerische Regierung vertritt die Ansicht, daß die Einwohnerwehr die Aufgabe hat, sich selbst überflüssig zu machen, indem sie der Staatsautorität solche Stärkung verschafft, daß der Staat wieder allein von sich aus die Ruhe und Ordnung im Lande gewährleisten kann. Diese Aufgabe sei noch nicht erfüllt, die Einwohnerwehr darum gegenwärtig noch unentbehrlich. Es handelt sich also, genau besehen, lediglich um eine Zeitfrage. Dabei hat die bayerische Regierung doch das eigenste Interesse daran, dem Staate möglichst rasch wieder zu dem notwendigen Ansehen zu verhelfen und Unruhe und Unordnung im Lande fernzuhalten. Ein plötzliches Verschwinden der Einwohnerwehr wäre ein gefährlicheres Uebel als allmählicher Abbau durch Departtralisation, Kontingentierung und so fort. Da es sich also lediglich um eine Frage der Zeit handelt, so sollte es nicht schwer sein, das Problem der bayerischen Einwohnerwehr im neuen Jahr ohne unheilvolle Erschütterungen zu lösen.

Wesentlich schwieriger ist die Lösung des anderen Problems, das in Bayern im vergangenen wie im kommenden Jahre im Vordergrund des Interesses stand und steht, der Frage des Föderalismus. Die Erörterung dieser Frage erfordert ein kurzes Zurückgreifen auf die Kriegsjahre. Man hätte sich schon damals in Bayern stiefmütterlich behandelt, die Gegensätze zwischen Nord und Süd wollten nicht schwinden, obwohl man doch Tag für Tag, Stunde um Stunde gemeinsam Gut und Blut hingab für das einige Vaterland. Partikularisten lebten schon damals; sie wiesen darauf hin, daß in Berlin eine Kriegsgesellschaft nach der anderen erstand, daß Kriegsgewinne nur dort zu finden wären, daß man nur darum darben müsse, weil die nordeutschen Sommerfrischler mit schweren Geldsäcken die Güter heimischen die begehrten Lebensmittel vor der Nase wegkauften. Man verschwieg natürlich, daß man hier auch in den härtesten Hungermonaten immer noch um ein gut Teil besser lebte als an der Spree, und vieles mehr.

Es kam die Revolution; die Verfassung von Weimar wurde zu einer Zeit geschaffen, da man in Bayern für nichts anderes sorgen konnte, als nach den Rätewirren die Ruhe im Lande wieder herzustellen. Die Apathie der Bevölkerung gegenüber allen anderen Fragen war begreiflich, da sie das allgemeinen politischen Trägheit unseres Stammes natürlich. Die Uebernahme bayerischer Reservate auf das Reich regte niemanden auf, solange sie nur auf dem Papier zu lesen war. Man erwachte erst allmählich, als die „Verreichlichungen" verwirklicht wurden, und mancher biedere Landsmann glaubte in seinem politischen Naivität noch damals, daß diese schöne Vorbildung mit Reichtum ist Zusammenhang stünde. Als man erst erkannte, was man an wohlgeschätzten Vorrechten aufgeben mußte, war der Jammer groß, und der Boden für die föderalistische Bewegung ohne weiteres gegeben. In Frankreich hatte man die Lage sehr bald erfaßt, man begann also auch von vorhinein zu arbeiten. Die Separatisten mußten aber doch bald erkennen, daß das bayerische Volk trotz alledem heutzu fühlt und denkt; man sah ein, daß man auf dem geraden Weg zur Zerstrennung Bayerns vom Reiche nicht zum Ziele käme, auch in Frankreich. Der Plan wurde darum aber nicht aufgegeben, gedrückt wurde nur die Tarkik. Es war und ist bekannt, daß das bayerische Volk in seiner großen Mehrheit mit einem gesunden Föderalismus sympathisiert. Was lag so näher, als diesen Umstand zu nützen? Hier setzt der Kern des ganzen Problems. Man ging daran, die föderalistische Bewegung zu fördern und sie in die Hand der extremen Anhänger der Idee zu bringen, also jener Männer, die immerhin vor einer „vorübergehenden" Trennung nicht zurückschreiten. In dieser Ecke entstand auch das bekannte Bamberger Programm der Bayerischen Volkspartei, deren Fraktionsführer im Landtag, Geheimrat Dr. Heim, anfänglich selbst starke Bedenken gegen diese föderalistischen Richtlinien hatte. Heute steht es so, daß wohl die meisten, die auf dieses Programm schwören, gar nicht ahnen, wohin sie gestoßen worden sind. Das ist die Gefahr; es wird darauf ankommen, wer innerhalb der Partei die Oberhand hat zu der Zeit, da es gilt, die Sätze von Bamberg in die Wirklichkeit umzusetzen.

Der Streit ist nicht alt; die Bayerische Volkspartei hat bisher nicht den Wunsch ausgesprochen, das Programm unter der gegenwärtigen Koalitionsregierung verwirklicht zu sehen. Gerade die Unsicherheit, wann das geschieht, vergrößert jedoch die Gefahr. Es ist bekannt, daß in einer ruhigen Entschließung verhindern. Lange dauernde, latente Krisen führen nicht selten zu Katastrophen, die niemand wollte. Darum wäre es wünschenswert, wenn und das Jahr 1921 auch in dieser Frage recht bald nützliche Klarheit brächte. Die Bedenken der anderen bürgerlichen Parteien Bayerns, die Bedenken, die außerhalb der bayerischen Grenzen gegenüber dem Bamberger Programm auftauchen, können nicht durch gewundene Kommentare beseitigt werden, sondern allein durch eine einwandfreie Lösung von jenem extremen Föderalismus, der eine zeitweise Separation unter Umständen für unabringend hält. Die Ausrede von der gegenwärtigen Belangsicherheit der föderalistischen Richtlinien kann in Zukunft leicht zum gefährlichen Hinterhalt werden. Wie in der Einwohnerwehrfrage, so können auch bei der föderalistischen Bewegung nur Einsicht und Erkennen zur glücklichen Lösung des Problems führen. Begreift das bayerische Volk erst einmal, welche Verantwortung in beiden Fragen auf ihm lastet, so ist kein Zweifel, daß es entsprechend seiner Verantwortung zu handeln wissen wird. Bayern wird seine Wichtigkeit im Rahmen der deutschen Politik deshalb nicht einbüßen; es wird auch im neuen Deutschland wie im neuen Jahre ein Brennpunkt des politischen Lebens bleiben und sein gerechtes Teil am Wiederaufbau und der Wiederaufrichtung unseres Vaterlandes beitragen.

## Ministerkonferenz in Paris.

Drahtmeldung.

Paris, 4. Januar. (W. T. B.)

Im „Echo de Paris" wird mitgeteilt, daß die französische Regierung vorgesehen eine Note an die englische Regierung gesandt hat, in der eine Konferenz der alliierten Ministerpräsidenten in Paris zur Behandlung der deutschen und der orientalischen Fragen als Vorschlag gebracht wird. Die Konferenz soll zwischen dem 7. und 12. Januar stattfinden. Aus London meldet das „Journal" dazu, daß man dort von der Möglichkeit spreche, diese Konferenz gegen Ende des Monats stattfinden zu lassen.

Paris, 4. Januar. (H. N.)

Trotz der vielen sich widersprechenden Nachrichten wird der Oberste Rat vermutlich Anfangs nächster Woche zusammentreten. Sämtliche Unterzeichner des Abkommens von Spaa werden an den Beratungen teilnehmen. Der Bericht von Marschall Foch über die Entwaffnung Deutschlands wird dort besprochen werden. Die Konferenz wird erwägen, welche Beschlüsse gefaßt werden sollen. Außer Frankreich werden wohl Belgien, England, Italien und Japan an der Konferenz teilnehmen.

Die „Tribune" erfährt aus Paris, Marschall Foch plane nicht eine Besetzung des Ruhrgebiets, sondern einen Vorstoß in das Maintal, um Norddeutschland von Süddeutschland zu trennen.

## Aufschub in der Entwaffnungsfrage?

Paris, 4. Januar. „Echo de Paris" schreibt zu der Entwaffnung Deutschlands, daß sich in England und andererseits die Meinung geltend mache, daß man der deutschen Regierung eine Frist bewilligen könne, um zur Auflösung der Sicherheitspolizei und der anderen militärischen Organisationen zu schreiten.

## Die Entwaffnung Oesterreichs.

Wien, 4. Januar. (T. U.) Die Botschafterkonferenz hat als letzten Termin für die Waffenablieferung in Oesterreich den 20. Februar angesetzt.

## Eine internationale Abrüstungskonferenz?

Washington, 4. Januar. (H. N.) Wie verlautet, beabsichtigt Präsident Wilson wirklich, eine internationale Konferenz zur Besprechung der allgemeinen Abrüstung einzuberufen.

Der Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten hat gestern zwei Stunden lang über die Frage eines internationalen Vorgehens für die Einschränkung der Rüstungen verhandelt. Der Ausschuß wird Mittwoch wieder zusammentreten. Admiral Coontz, der Chef der Informationsabteilung der Marine, erschien vor dem Ausschuß, um Erklärungen über das Bauprogramm der Marine und über die ausländische Flotte abzugeben.

## Die Zwangsmaßregeln.

London, 4. Januar. (T. U.) Die Nichterfüllung eines Teiles des Spaaer Protokolls hat keinesfalls den automatischen Eintritt der Okkupation zur Folge, wie Lloyd George in Spaa ausdrücklich bemerkte; es könnte nur eine internalliierte Aktion in Frage kommen. Eine unabhängige Aktion Frankreichs würde Deutschland Verpflichtungen verleihen, wozu Lenguees keineswegs bereit ist. „Daily Telegraph", der über die französische Politik gut informiert ist, wiederholt, daß Foch eine Okkupation nicht beantragt hat und erinnert, daß das Ruhrgebiet nicht an das französische Besetzungsgebiet grenze, was oft übersehen werde. Für eine internalliierte Aktion im Ruhrgebiet ist weder ein gemeinsames Interesse noch Stimmung vorhanden, vorausgesetzt, daß die deutsche Politik sagtiale Fehler vermeidet.

## Kein Besuch von Lahrs in Berlin.

Die Nachricht mehrerer Zeitungen, daß der bayerische Ministerpräsident von Kahr zu neuen Besprechungen über die Einwohnerwehrfrage in diesen Tagen nach Berlin kommen werde, trifft, wie wir von unterrichteter Seite hören, nicht zu.

## Tages-Spiegel.

Das preußische Staatsministerium beantragt 400 Millionen Mark Teuerungszuschüsse für den Wohnungsbau.

Die französische Regierung hat eine Konferenz des Obersten Rates in Paris zur Behandlung der Entwaffnungsfrage vorgeschlagen.

In der westungarischen Frage ist eine Entspannung zwischen Ungarn und Oesterreich eingetreten.

Präsident Wilson will eine internationale Abrüstungskonferenz einberufen.

## Boschewistischer Angriff auf Rumänien?

Paris, 3. Januar. (W. T. B.) Einige Abendblätter verbreiten ein Radiotelegramm aus Wien, sechs rote Divisionen seien nach einer Depesche aus Bukarest am Dnjepr versammelt. Der König von Rumänien habe infolgedessen die Jahresklassen 1914 und 1915 unter die Waffen gerufen. Jonescu habe die Leitung der Eisenbahnen übernommen. Die Eisenbahner seien militarisiert worden. „Journal des Débats" gibt diese Nachricht wieder und erklärt, sie sei noch nicht bestätigt, dünge aber nicht unwahrscheinlich.

## Krassin verhandelt weiter.

Paris, 4. Januar. (W. T. B.) Nach einer „Matin"-Meldung aus London wird Krassin am Sonnabend mit dem englisch-russischen Handelsvertragsentwurf nach Moskau reisen. Während seiner Abwesenheit wird er durch Litschwertreten, auch erwartet man Somonsow in London.

Hiernach scheint es sich also nicht um eine endgültige Abberufung Krassins aus London zu handeln, vielmehr werden die Verhandlungen wegen eines Warentauschabkommens fortgesetzt.

## Die Kompetenzen des Völkerbundes.

Basel, 4. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Der chilenische Außenminister erklärte, daß Chile das Recht der Völkerbundsversammlung zur Revision des Vertrages von 1904 zwischen Bolivia und Chile jetzt und in Zukunft nicht anerkennen könne. Diese Erklärung gilt als Erwiderung auf die Meldung, daß das Programm der nächsten Völkerbundsversammlung auch einen bolivianischen Antrag auf Revision des Vertrages einschließe.

## Abrüstung oder Wiederherstellung.

A. Genf, 4. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Eine ähnliche Verknüpfung der Entwaffnungsfrage mit der Frage der Wiederherstellung, wie die französische Presse sie Deutschland zum Vorwurf gemacht hat, nimmt jetzt auch der „Temps" vor, wenn er schreibt: „Damit die Brüsseler Konferenz in der nächsten Woche tatsächlich arbeiten könne, müßten vorher die Ententeregierungen sich ins Einvernehmen legen über die Frage der Entwaffnung Deutschlands. Die bayerische Opposit sowohl wie die preußische Einwohnerwehr würden sich vor dem Willen der Alliierten beugen, wenn diese Zeugen werden, daß sie wirklich in ihren Beschlüssen einig sind, und nur dann wird man die finanziellen Maßnahmen mit den Vertretern der deutschen Regierung prüfen können. Wie soll man mit dem ehrenwerten Herrn Bergmann eine Rechnung aufstellen, wenn er hinter sich die Gesicherte hat, die mit Maschinengewehren spielen?"

## Erkrankung König Konstantins.

London, 4. Januar. (T. U.) Aus Athen wird den „Times" gedrahtet: König Konstantin leidet an leichter Bronchitis und muß zurzeit das Bett hüten.

Der Herzog von Sparta ist am Freitag nach Bukarest gereist, wo er bis zu seiner Heirat mit der Prinzessin Elisabeth, die im Laufe des Februar stattfinden wird, verbleibt. Die Heirat seiner Schwester, der Prinzessin Helena, mit dem Kronprinzen von Rumänien wird wahrscheinlich zu gleicher Zeit stattfinden.

## Kein belgisch-französisches Wirtschaftsabkommen?

A. Brüssel, 4. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Der französische Gesandte erklärte in einer Rensjahsrede, daß der Abschluß eines belgisch-französischen Wirtschaftsabkommens in absehbarer Zeit nicht zu erwarten sei. Frankreich könne seine Interessen nicht vernachlässigen zugunsten Antwerpens. Die wirtschaftliche Annäherung zwischen den beiden Ländern müsse von den Handelskreisen selbst angebahnt werden. Die belgische Presse ist von dieser Erklärung wenig befriedigt.

## Teuerungszuschüsse für den Wohnungsbau.

Das preußische Staatsministerium hat, wie wir hören, in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, der Verfassungebenden Landesversammlung in einigen Tagen einen Gesetzentwurf zugehen zu lassen, der einen Kredit in Höhe von 400 Millionen Mark vorsieht, die als Teuerungszuschüsse für den Wohnungsbau verwendet werden sollen. Zur Realisierung des Kredits wird voraussichtlich der Anleihewegs beschritten werden.

## Uebergangsgelder für Staatsminister.

Alle Parteien der preußischen Landesversammlung mit Ausnahme der Unabhängigen haben beantragt, den Staatsministern, die ihr Amt mindestens drei Monate bekleidet, und die keine Pensionsansprüche haben, beim Ausscheiden aus dem Staatsdienst Uebergangsgelder in Höhe ihrer bisherigen Einkünfte zu zahlen, und zwar für längstens ein Jahr. Die Vorlage ist geschaffen nach der Dauer der Amtszeit. Zum Antrag haben alle Parteien vorbehaltlos zugestimmt, da das parlamentarische System eine solche Maßnahme erforderlich macht.

## Die Donaukommission.

Budapest, 3. Januar. (W. T. B.) Gemäß den Statuten der Donaukommission tritt der bisherige Ausschuß, Montrat Kaas-Heisler, gewählt und der Vertreter Ungarns, Geheimrat Miklos, übernimmt das Präsidium auf sechs Monate.

Admiral Troubridge erklärte der ungarischen Presse anläßlich seines Rücktritts, daß es unrichtig sei, mit den durch den Krieg verwüsteten Verkehrsmitteln Europas den zum wirtschaftlichen Wiederaufbau nötigen Warenverkehr abzuwickeln. Die Donaufreie sei daher ein wahres Glück für Europa; sie könnte jedoch ihren Aufgaben nur durch Internationalisierung ihrer Tätigkeit. Er wünsche, daß die Donaukommission stets für Beständigung und Zusammenarbeiten der Donaustaaten tätig sein werde.

Geheimrat Miklos betonte in der Sitzung der Donaukommission, er werde, als internationalen Charakters der Kommission eingedenk, mit Hintanstellung aller kleinlichen örtlichen Rücksichten allein für die großen Grundsätze der Donaukommission kämpfen, die ein Emporblühen der freien Donauschiffahrt bezweckten.

## Die Schließung der Kopenhagener Fesselignagen.

§ Kopenhagen, 3. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Im Laufe dieses Jahres werden die Kopenhagener Fesselignagenwerke gänzlich beseitigt werden. Seit der Reichstag seinen dahingehenden Beschluß gefaßt hat, ist energisch gearbeitet worden, und nach drei bis vier Monaten werden die größten Werke abgebaut sein. Wie verlautet, soll ein großer Volksgarten auf dem Festungsterrain angelegt werden.

## Die Neuordnung in Fiume.

Eigene Drahtmeldung.

Mailand, 4. Januar.

Die neue provisorische Regierung in Fiume wird von Ende Februar die Neuwahlen für die Konstituante vornehmen. Auf dem Friedhof von Fiume ist eine feierliche Totenmesse für die gefallenen Soldaten abgehalten worden. Nach dieser forderte der Erzbischof Monsignore Konfanzia die versammelten Freiwilligen auf, den Widerstand und den Haß gegen die Waffenbrüder Legion, der Entfernung ihrer nicht aus Fiume stammenden Mitglieder, der Entmannung werden ohne Schwierigkeiten durchgeführt werden, nachdem d'Annunzio vom Schauplatz abgetreten und eine neue Regierung in Fiume eingesetzt ist. Die Regierung hat den Erfolg gehabt, daß ihre Tätigkeit in den rechten Augenblick einsetzte, daß heißt, ehe Zugoslawien eingriff, was eine höchst ernste Lage geschaffen haben würde und daß die staatsrechtlichen Wühlerei d'Annunzios bei Heer und Flotte ergebnislos blieb. General Caviglia hat seine Politzeiaktion mit sehr geringen Verlusten durchführen können. Die Aufrührer hatten nur fünf Tote bei den Regierungstruppen gekostet, die Meldungen, die von viel stärkeren Verlusten sprachen, stellen sich als übertrieben heraus. Während die Krise auf dem Höhepunkt war, blieb es im Lande ganz ruhig. Hier tobten am 28. Dezember die Geschäfte Plakate mit der Aufschrift „Nationalitätenwut" und halb herabgelassene Rolladen auf, aber Kundgebungen fehlten so gut wie ganz, und auf der „Agora" der zweiten Hauptstadt des Landes, der Halle der Galerie, wo man es gewohnte Bild der ständigen Versammlung mehrerer tausend Auf- und Abwandelnder nicht ergeben als sonst. Die Sache d'Annunzios war schon moralisch verloren, als der Poet noch hoffte, daß sie noch weitere Kreise, seien es Nationalisten, seien es Jannitzer von links, hinreißen würde, die jedenfalls mit Spannung auf die Zerfetzungsbewegungen in Heer und Flotte gewartet haben. Der kühle Verstand, der hinter den leidenschaftlichen Kundgebungen im entscheidenden Augenblick dieses Volk des „buon senso" lenkt, hat die Oberhand behalten. Wenn d'Annunzio in einer seiner letzten Kundgebungen erklärte, ein Sieg und ist so solcher Zeit nicht einmal seine gewohnte Festtreter unterbrochen habe, sei seines Opferstodes nicht wert gewesen, so ist das sicher bezeugen über die Ueberzeugung der weit überwiegenden Mehrheit, daß seine Narrheit noch viel weniger verdiene, daß man sie ernst nehme.

So sind denn die Neujahrsbetrachtungen auf den Ton der Zufriedenheit mit der endlich gefürten Situation gestimmt. Der Regierung ist, seit sie im Juni ihre Aufgabe übernahm, Lezeit so viel gelungen, daß Giolitti, seine Tschoulungsurlaub sicher im Bewußtsein angetreten hat, eine wohlverdient starke Position zu haben. Nothing succeeds like success sagt ein englisches Sprichwort, und man konstatiert Giolitti als den Mann, dem die Dinge gelingen und den das Glück unterstützt. Als er im September bei durch die Metallarbeiterbewegung entfachte schwere Krise abzuhelfen gewußt hatte, kam ihm die Wirkung der Enttäuschung der nach Moskau entsandten sozialistischen Abgeordneten zu Hilfe und die Niederlage dieser Partei bei den Gemeindewahlen dämpfte eine revolutionäre Stoßkraft, die Politik und Programm der Regierung bereits abgelaufen hatten. Im neuen Jahre stehen das politisch höchst heikle Problem zu lösen sein, den unter Riesenopfern staatlich niedergeballten Protyrnis fo zu helfen, daß die Staatsfinanzen dabei geschonen können. Hierin liegt reicher sozialer Zündstoff gehäuft. Besserr sich die Lira bald und verdülligt sich so der Geldverdienvorr, kommt die Preisschraube in den geschäftlichen Kreisen vorhergesagt wird, so wäre auch von der Erledigung dieser brennenden Frage nichts zu befürchten. Aber auch ohne das liegen die Dinge so, daß das Sorgenkind Giolitti als den Mann, dem die Dinge gelingen und den das Glück unterstützt. Als er im September bei durch die Metallarbeiterbewegung entfachte schwere Krise abzuhelfen gewußt hatte, kam ihm die Wirkung der Enttäuschung der nach Moskau entsandten sozialistischen Abgeordneten zu Hilfe und die Niederlage dieser Partei bei den Gemeindewahlen dämpfte eine revolutionäre Stoßkraft, die Politik und Programm der Regierung bereits abgelaufen hatten. Im neuen Jahre stehen das politisch höchst heikle Problem zu lösen sein, den unter Riesenopfern staatlich niedergeballten Protyrnis fo zu helfen, daß die Staatsfinanzen dabei geschonen können. Hierin liegt reicher sozialer Zündstoff gehäuft. Bessert sich die Lira bald und verdülligt sich so der Geldverdienvorr, kommt die Preisschraube in den geschäftlichen Kreisen vorhergesagt wird, so wäre auch von der Erledigung dieser brennenden Frage nichts zu befürchten. Aber auch ohne das liegen die Dinge so, daß das Sorgenkind Giolitti als den Mann, dem die Dinge gelingen und den das Glück unterstützt. Als er im September bei durch die Metallarbeiterbewegung entfachte schwere Krise abzuhelfen gewußt hatte, kam ihm die Wirkung der Enttäuschung der nach Moskau entsandten sozialistischen Abgeordneten zu Hilfe und die Niederlage dieser Partei bei den Gemeindewahlen dämpfte eine revolutionäre Stoßkraft, die Politik und Programm der Regierung bereits abgelaufen hatten. Im neuen Jahre stehen das politisch höchst heikle Problem zu lösen sein, den unter Riesenopfern staatlich niedergeballten Protyrnis fo zu helfen, daß die Staatsfinanzen dabei geschonen können. Hierin liegt reicher sozialer Zündstoff gehäuft. Bessert sich die Lira bald und verdülligt sich so der Geldverdienvorr, kommt die Preisschraube in den geschäftlichen Kreisen vorhergesagt wird, so wäre auch von der Erledigung dieser brennenden Frage nichts zu befürchten. Aber auch ohne das liegen die Dinge so, daß das Sorgenkind

## Die Lage in Italien.

Von unserem ständigen Mitarbeiter.

R. Mailand, 1. Januar.

Das neue Jahr, das sich selbst hier, im Norden des Landes, mit sonnigem Frühlingswetter einführt, hat die Fiume-Krise endgültig zum Abschluß gebracht. Die Vereinbarung zwischen den Vertretern des Staates Fiume und der Regierung sind geschlossen und die Erfüllung der Bedingungen der Räumung der Inseln Krke und Veglia, der Kufstein der Legion, der Entfernung ihrer nicht aus Fiume stammenden Mitglieder, der Entmannung werden ohne Schwierigkeiten durchgeführt werden, nachdem d'Annunzio vom Schauplatz abgetreten und eine neue Regierung in Fiume eingesetzt ist. Die Regierung hat den Erfolg gehabt, daß ihre Tätigkeit in den rechten Augenblick einsetzte, daß heißt, ehe Zugoslawien eingriff, was eine höchst ernste Lage geschaffen haben würde und daß die staatsrechtliche Wühlerei d'Annunzios bei Heer und Flotte ergebnislos blieb. General Caviglia hat seine Polizeiaktion mit sehr geringen Verlusten durchführen können. Die Aufrührer hatten nur fünf Tote bei den Regierungstruppen gekostet, die Meldungen, die von viel stärkeren Verlusten sprachen, stellen sich als übertrieben heraus. Während die Krise auf dem Höhepunkt war, blieb es im Lande ganz ruhig. Hier tobten am 28. Dezember die Geschäfte Plakate mit der Aufschrift „Nationalitätenwut" und halb herabgelassene Rolladen auf, aber Kundgebungen fehlten so gut wie ganz, und auf der „Agora" der zweiten Hauptstadt des Landes, der Halle der Galerie, wo man es gewohnte Bild der ständigen Versammlung mehrerer tausend Auf- und Abwandelnder nicht ergeben als sonst. Die Sache d'Annunzios war schon moralisch verloren, als der Poet noch hoffte, daß sie noch weitere Kreise, seien es Nationalisten, seien es Jannitzer von links, hinreißen würde, die jedenfalls mit Spannung auf die Zerfetzungsbewegungen in Heer und Flotte gewartet haben. Der kühle Verstand, der hinter den leidenschaftlichen Kundgebungen im entscheidenden Augenblick dieses Volk des „buon senso" lenkt, hat die Oberhand behalten. Wenn d'Annunzio in einer seiner letzten Kundgebungen erklärte, ein Sieg und ist so solcher Zeit nicht einmal seine gewohnte Festtreter unterbrochen habe, sei seines Opferstodes nicht wert gewesen, so ist das sicher bezeugen über die Ueberzeugung der weit überwiegenden Mehrheit, daß seine Narrheit noch viel weniger verdiene, daß man sie ernst nehme.

So sind denn die Neujahrsbetrachtungen auf den Ton der Zufriedenheit mit der endlich gefürten Situation gestimmt. Der Regierung ist, seit sie im Juni ihre Aufgabe übernahm, Lezeit so viel gelungen, daß Giolitti, seine Tschoulungsurlaub sicher im Bewußtsein angetreten hat, eine wohlverdient starke Position zu haben. Nothing succeeds like success sagt ein englisches Sprichwort, und man konstatiert Giolitti als den Mann, dem die Dinge gelingen und den das Glück unterstützt. Als er im September bei durch die Metallarbeiterbewegung entfachte schwere Krise abzuhelfen gewußt hatte, kam ihm die Wirkung der Enttäuschung der nach Moskau entsandten sozialistischen Abgeordneten zu Hilfe und die Niederlage dieser Partei bei den Gemeindewahlen dämpfte eine revolutionäre Stoßkraft, die Politik und Programm der Regierung bereits abgelaufen hatten. Im neuen Jahre stehen das politisch höchst heikle Problem zu lösen sein, den unter Riesenopfern staatlich niedergeballten Protyrnis fo zu helfen, daß die Staatsfinanzen dabei geschonen können. Hierin liegt reicher sozialer Zündstoff gehäuft. Bessert sich die Lira bald und verdülligt sich so der Geldverdienvorr, kommt die Preisschraube in den geschäftlichen Kreisen vorhergesagt wird, so wäre auch von der Erledigung dieser brennenden Frage nichts zu befürchten. Aber auch ohne das liegen die Dinge so, daß das Sorgenkind

## Entspannung in der westungarischen Frage.

Eigene Drahtmeldung.

Kbg. Wien, 3. Januar.

In der westungarischen Frage ist bisher keine Wendung zu verzeichnen. Die Wiener Presse vertritt übereinstimmend die Auffassung, daß die Uebergabe Westungarns an Deutsch-Österreich ein ganz selbstverständlicher Akt sei. In den Neuigkeiten der ungarischen offiziellen Personlichkeiten wird hervorgehoben, daß man zu Deutschösterreich in Zukunft ein aufrichtiges, freundschaftliches Verhältnis wolle. Es bleibt nun abzuwarten, ob wirklich die ungarische Regierung den Handelsvertrag mit Deutschösterreich nicht ratifizieren wird. Eine offizielle Aeußerung darüber liegt noch nicht vor.

Der ungarischen Presse war bis heute nachmittag von der Zensur verboten worden, über den Beschluß auf Uebergabe Westungarns an Deutschösterreich zu berichten. Die Ueberleitung der Verwaltungsgebäude soll im Interesse der westungarischen Bevölkerung und im Hinblick der Erhaltung guter und nachbarlicher Beziehungen zwischen Deutschösterreich und Ungarn in gegenseitigen Einvernehmen möglichst reibungslos erfolgen.

## Ein englischer Anleihetrick.

Drahtmeldung.

Paris, 4. Januar. (W. T. B.)

Der Korrespondent des „Echo de Paris" in Washington meldet: Der ehemalige Burcaudrat des Handelsamts, Deman, hat in Marion (Ohio) einen Brief veröffentlicht, der im Kongreß ungeheures Aufsehen hervorgerufen hat. In dem Briefe wird gesagt daß, als Balfour während des Krieges nach Washington gekommen sei, um wegen einer Anleihe von drei Milliarden Dollar zu verhandeln, der Kriegsrat Japan und Japan abgeschlossenen Geheimvertrag über die Zuspreechung der deutschen Inseln im Stillen Ozean an Japan verheimlicht habe.

Die Erklärungen Demans wären allerdings, wenn sie sich bewahrheiteten, äußerst belastend für Balfour; denn die Verheimlichung des Geheimvertrages über eine Gebietsverteilung im Stillen Ozean hätte sehr leicht das Gelingen der Anleihe verteilen können, da Amerika zweifellos jeden solchen Vertrag scharf verurteilt hätte. Die englisch-amerikanische Freundschaft erfährt ihre stärkste Belastungsprobe in dem englisch-japanischen Bündnis, und es ist daher zu erwarten, daß der Kongreß zur Klärung der Behauptungen Demans schreiten wird.

## Kabinettswechsel in Griechenland?

Nach einer Athener Meldung der „Times" wäre der Gesundheitszustand des bezeichnen Ministerpräsidenten Rhallis so geschwächt, daß er die Geschäfte nicht mehr führen könnte und zurückreten müßte. Rhallis, der Deputierter von Athen seit 30 Jahren als ist, war wiederholt Premierminister. Ob seine Krankheit eine wirkliche oder eine „diplomatische" ist, läßt sich von hier aus nicht feststellen. Jedenfalls ist seine politische Lage ungemeinlich so, daß er auch zurücktreten müßte, wenn sein körperlicher Zustand ihn nicht dazu zwingen würde.

In den nächsten Tagen tritt nämlich die griechische Kammer zusammen, und Rhallis verfügt über kaum 20 bis 25 Abgeordnete, die hinter ihm stehen. Unter diesen Umständen würde er auf alle Fälle die Ministerpräsidentsch

# Legien und die deutsche Gewerkschaftsbewegung

Von

**Dr. August Müller,**
Staatssekretär a. D.

II.*)

Ganz bewußte Versuche zur Vertrümmerung der Gewerkschaftseinheit gehen von den kommunistischen Zellen der Arbeiterschaft aus, die sich dabei der Unterstützung der Moskauer in Rußland erfreuen. Das Moskauer Manifest führe die Gewerkschaftsfrage, das auf dem dritten Kongreß der Kommunistischen Internationale beschlossen worden ist, fordert die Zerreißung der Gewerkschaftsverbände und überschüttet die Gewerkschaftler aus der Schule Legiens mit einem Hagel von Verdächtigungen und Beschimpfungen. Nach bewährtem Rezept haben die Moskauer auch eine besondere kommunistische Gewerkschaftsinternale unter dem Namen „Internationaler Rat der Fachverbände" ins Leben gerufen. Die Uebertreibungen in dem Moskauer Manifest und ihre Nachahmer aller Schattierungen haben, die nicht kritiklos das basschewistische Evangelium annehmen, sind insofern für die Gewerkschaftsbewegung vom Vorteil, als die Feinde der Moskauer alle nichtkommunistischen Sozialisten zur Verteidigung der Gewerkschaftseinheit zusammenschließt. Obwohl Moskau ein asiatisches Ding ist, immerhin in der gegenwärtigen Zeit, darf man doch der Ueberzeugung Ausdruck geben, daß den Bolschewisten die Spaltung der Gewerkschaften in einen radikalen und einen gemäßigten in Rußland viel schwerer fallen wird, als die Zerreißung der politischen Arbeiterbewegung. Man darf nicht vergessen, daß die Gewerkschaftsarbeit in viel geringerem Maße unter dem Einfluß der Phrase steht, als die politische Bewegung. Auch materielle Dinge spielen bei den Gewerkschaften eine viel größere Rolle als bei den politischen Organisationen. Zur Aufgabe von nachbesserlichen Ansprüchen auf die Besetzung von Unterstützungssekretärstellen entschließt man sich viel schwerer, als zum Wechsel in der Physeologie eines Parteiprogramms. Auch die „Krobenung" einer Gewerkschaftsorganisation ist infolge der oberen Organisationsformen viel schwieriger als die Eroberung eines Parteikörpers. Dazu tritt der Umstand, daß in allen Ländern die Gewerkschaftler durch den Krieg und die Kriegsfolgen eine ungeheure Zunahme an Macht und Einfluß erworben haben. Und damit sind natürlich allerhand Vorteile für die Gewerkschaftsmitglieder verbunden, die schwerer wiegen als die politischen Eroberungen der Parteikörper. Nimmt man zu diesen verschiedenen Gründen die vorhin erwähnte grundsätzliche Bereitwilligkeit der beiden nichtkommunistischen Gruppen: Unabhängige und Mehrheitssozialdemokraten, den Einheit der Gewerkschaft zu erhalten, so hat man Gründe genug, welche es wahrscheinlich erscheinen lassen, daß eine Kluge und geschickte Taktik der Gewerkschaftsführer der Moskauer auf die Gewerkschaftseinheit abwehren kann. Auf dem Londoner Gewerkschaftskongreß im November d. J. waren 95½ Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter vertreten, die alle in Moskauer Methoden ablehnten. Das ist ein Heerhaufen, den zu überwältigen den Kommunisten schwerer fallen wird als die Eroberung von Erfolgen auf dem rein politischen Gebiet.

Legien begriff die Uebertragenheit der unmittelbare, greifbare Vorteile bietenden Gewerkschaftsarbeit über die politische Tätigkeit, deren Früchte langsamer reifen, weil ihre Ziele weiter gesteckt sind. Das erklärt die Haltung Legiens gegenüber der Sozialdemokratischen Partei, und das ist auch der Schlüssel zum Verständnis für die Liebe seiner Gewerkschaftsbeamten, die im Weltkriege ihren Anfang nahm. Man würde die geistige Einstellung Legiens vollkommen falsch beurteilen, wenn man in ihm einen „Nurgewerkschaftler" erblickt, auf den die idealen Grundlagen der sozialistischen Bewegung nur einen geringen Einfluß gemacht haben. Nichts ist vielmehr bei Gegenteil: Legien war ein überzeugter Sozialist, und er war sogar in erster Linie Sozialist und dann erst Gewerkschaftsführer. Um so höher ist seine tatsächliche Lebensarbeit anzuerkennen, die ihn dazu führte, die nüchterne Tagesarbeit des Gewerkschaftsführers ganz nüchternen Dinges von der sozialdemokratischen Ideologie freizuhalten und sich mit den mittelbaren Realisierungen zu begnügen, die erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit zu auch für den Sozialismus haben muß. Legien lehnte den Gedanken des Klassenkampfes nicht ab, er begriff dazu auch viel zu gut die materiellen Grundlagen des Gegensatzes zwischen Arbeit und Kapital. Aber auch die Kleinkrämerei über das deutsche Maß verabscheute, da erkannte Legien deutlicher wie die meisten seiner Gesinnungsgenossen, daß man Ratgeber für das deutsche Volk heranbilden müsse, wenn sich ein Aufstieg entfrieden könne. Zur Pflege gehörte Geduld zu den unerläßlichen Vorzügen der Leitung. Schonung, man muß sich in seinen Illusionen und durch Anwendung außerordentlicher Mittel gewecht werden muß. Die ganze Kriegspolitik der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands beruht auf der Anwendung dieses Grundsatzes, der heute auch ganz folgerichtig zur Grundlage der Kritik der Kommunisten geworden ist, die sich in radikalen Kreisen so sehr verbreitet werden.

Als ausgesprochener Realist, der Legien war, hat er auch die Revolutionsgemeinschaft ohne Bedenken mitgemacht, weil er sah, daß Zeiten schwerer Wirtschaftskrise zu überwinden und seine Gelegenheit, bei der er Einfluß der Gewerkschaften geltend machen konnte, ungenützt zu lassen. Kurz vor seinem Tode hat ihn von ihm geleitete Zentralstelle aus Rußland gebracht, daß die Bedeutung der Arbeitsgemeinschaften „politisch begreifbar ist. Zu Mittel wird also trotz der großen Widerstände, die es findet, noch nicht abgelehnt, aber eine Wirkung der Bedürfnisfrage wird bereit in Anspruch gerufen. Man wird versuchen müssen, wie der Rat Legiens die Beurteilung der Arbeitsgemeinschaften im Gewerkschaftsbeamtenkreise ist. Man wird versuchen müssen, ob sich schon für Lande finden, weil ihrer noch allerhand Aufgaben warten. Da aber die Nachfolger Legiens den Mangel an Autorität, der sie auszeichnete, durch Vorgeschriebene und verstärkte Anschauung wettzumachen versuchen müssen, besteht die Möglichkeit, daß diese Schätzung Legiens ihren Urheber nicht lange überdauert.

Als Legien im Jahre 1891 als neugewählter Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands die erste Gewerkschaftsstatistik zusammenstellte, wußterte er in 3680 Verwaltungsstellen rund 300 000 Gewerkschaftsmitglieder. Bis zum Jahre 1914 wuchs diese Ziffer auf über 2 Millionen, die 70 000 000 ℳ Einnahmen erzielten. Nach dem Kriege hat der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund eine Entwicklung einen Mitgliederbestand von 8½ Millionen erfaßt. Wie gumpfäßlich sich die Zeiten geändert haben, sieht man aber noch deutlicher daß an dieser zahlenmäßigen Entwicklung an der Stellung der Gewerkschaften im öffentlichen Leben. Eine Zeitschrift, die im Jahre 1912 zum Andenken an das 25jährige Jubiläum der Begründung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands erschienen ist, ist jedoch voll von Beiträgen mit den Schilderungen der Kämpfe der Gewerkschaften um ihre Grundlagen, ihre Tätigkeitsmöglichkeiten und ihre rechtliche Anerkennung. Damals war dieses damals liegt keine zehn Jahre zurück — bestehende das offizielle Deutschland die Gewerkschaften mit Polizei- und Staatsmittelgewalt. Es dauerte erst die unseligen Tage des Krieges über Deutschland kommen, damit die sozial aufsteigenden Kräfte gewürdigt wurden, die im Gewerkschaftswesen enthalten sind. Das Urteil über die Gewerkschaftsbewegung hat eine entscheidende Aenderung erfahren, aber es ist begreiflich, daß nicht alle, die sich dafür einsetzen, daß die Gewerkschaften heute, wenn irgendwo vollkommen umgelernt haben. Auch die Gewerkschaftsführer haben zu nicht alle den weiten Blick und die Zurückhaltung zur rechten Zeit, die Legien in so hohem Maße auszeichneten. Und so gibt es auch bei ihnen Vorwürfe, die nur verständlich sind aus dem Kriege heraus. Es ist ein Wunder für die Gleichgültigkeit, daß er die Widerstände in beiden Lagern schließlich überwand und die neue Gewerkschaftspolitik durchführte, weil er sie für die Zukunft der Gewerkschaften für unumgänglich hielt. Dadurch hat Legien sich unvergänglichen Verdienste erworben in den November-Tagen 1918, die bei das allgemeine Chaos über Deutschland gebracht haben, wenn nicht der Heldgemeinschaftsgedanke stärker gewesen wäre als die auseinanderstrebenden und auflösenden Kräfte, die jene Zeit erfüllten. Und zum zweiten Male hat Legien sich ein großes Verdienst um die ruhige Entwicklung Deutschlands erworben, als er in den Märztagen 1920 durch die Mobilisierung der Gewerkschaften dem Spuk ein Ende bereitete, den die Herren Kapp und Lüttwitz und Genossen heraufbeschworen. Es ist nie alles andere zeigt auch dieses Ereignis die ungeheure Bedeutung, das die Gewerkschaftsleben im wirtschaftlichen und politischen Leben Deutschlands besitzt.

Legien hat sich bemüht, die Größe der von ihm beherrschten Organisation für den Wiederaufbau Deutschlands im Wege verständiges, alte und neue Anschauungen gleichmäßig berücksichtigendes Verhalten zu machen. So möglich die Gewerkschaften als Element verständigen Vorsichtigkeit unter dem Einfluß eines Führers wie Legien wirken können, so verhängnisvoll könnten sie sich aber auch gebärden, wenn ihre Führerschaft unter den Einfluß unorganischer, revolutionärer Phrasen geriete. Wahrscheinlich werden die Einfluß Legiens über sein Grab hinaus, um das letztere zu verhindern, aber die Alternative allein beleuchtet schon die Bedeutung, die der verstorbene Gewerkschaftsführer für sein eigentliches Arbeitsgebiet und für das deutsche Volk besessen hat.

*) Siehe auch den Artikel in Nr. 1 der „Deutschen Allgemeinen Zeitung".

# Ein neuer Kurs in Warschau.

Die Verhältnisse in Polen haben sich in den letzten Monaten so erheblich verschoben, daß die Stellung der Polen sich schon mit der österreichischen Frage auf einer Stufe stellt. Die Krise, in die man in Polen geraten, hat Wirkungen hervorgerufen, die man vorher gar nicht eingerechnet. Die Stahlbestände sind so zusammengeschmolzen, daß man kaum den eigenen Bedarf decken kann, und die Preise sind so in die Höhe geschnellt

## Eine Berichtigung des Abgeordneten von Siemens.

Das „Berliner Tageblatt" hatte vor einigen Tagen die auffallende Meldung veröffentlicht, daß die Reichsregierung die Teilnahme an den Verhandlungen in Brüssel vorgeschlagenen Sachverständigen der Veranlassung des Herrn Siemens abgelehnt hätten. Wir haben damals die Meldung richtigstellt. Jetzt hat auch der demokratische Abgeordnete von Siemens an das „Berliner Tageblatt" eine Zuschrift gerichtet, in der er die Meldung des Blattes als den Tatsachen durchaus widersprechend hinstellt. Der von Siemens macht Mitteilungen von einem Schreiben, das er am 10. Dezember an den Minister Dr. Simons gerichtet hatte. In diesem Schreiben sagte Herr von Siemens u. a. das Folgende:

„Sachlich gestatte ich mir das Folgende zu bemerken: Wie ich Herrn Geheimrat v. Simson schon erklärt hatte, hatte ich mich bisher mit der in Frage stehenden Materie in keiner Weise eingehend beschäftigt, noch war ich an den Verhandlungen und Beratungen über die Frage der Durchführungsart der Wiedergutmachung beteiligt. Die mir überlandten Unterlagen haben mich auch nicht in den Stand versetzt, ein einigermaßen Bild zu gewinnen, welches ich wohl auch nur durch Einsichnahme an den Beratungen der Sachverständigen erreichen könnte. Bei der Bedeutung, die die Verhandlungen für das ganze Dasein unseres Vaterlandes haben können, glaube ich, es aber nicht verantwortlich zu können, ein Amt zu übernehmen, zu dessen Erfüllung meiner Ansicht nach die nötigen Vorbedingungen fehlen, und die ich auch bei der Kürze der Zeit und der Vielgestaltigkeit der Fragen nicht so schnell gewinnen kann. Ich hatte auch bisher gar keine Möglichkeit festzustellen, ob meine Grundansichten über die Behandlung der Reparationsfragen bei einer Regierung beifall und ohne eine solche Übereinstimmung würde meine Beteiligung in nur schädlich wirken können. Unter Berücksichtigung aller dieser Umstände glaube ich verpflichtet zu sein, Euer Hochwohlgeboren bitten zu müssen, der Regierung mitteilen, daß ich nicht in der Lage bin, die mir mit gefällener Wahl angebotenen, gleichzeitig aber auch meinem Dank für das mir bewiesene große Zeichen des Vertrauens Ausdruck geben zu wollen."

Zum Schreiben an den Minister Dr. Simons bemerkt Herr von Siemens noch das Folgende hinzu:

„Als Wirtschaftler bin ich gewöhnt, mich mit meinen Kollegen eingehend zu verständigen über die Art des Vorgehens und das zu erreichende Ziel, bevor ich mit meinem Vertragsgegner zusammenkomme, damit bei den Verhandlungen jeder seinen Mitarbeiter weiß, worauf ich mit Ausführungen hinzielen, und mich in denselben Sinne unterstützt. Bei Beratungen über Gegenvorschläge, für die nur kurze Zeit zur Verfügung steht, ist es höchst schädlich, wenn ein weitgehendes Stillschweigeverpflichtungen unter den Beratungen zu führen sind. Geheimhaltung ist daher, daß sich die Mitarbeiter untereinander kennen und begründen. Von den der Regierung vorgeschlagenen Sachverständigen, Herrn Staatssekretär Bergmann, kenne ich persönlich nicht; unter den Hauptsachverständigen nur einen, Herr Dr. Bergler, mit dem ich in Verbindung stehe, zusammengearbeitet hatte. Das Ministerium des Reichsministers der Finanzen, Herr Dr. Hilferding, gab meine Ernennung mitteilte, hat mich, trotz meiner Bedenken angenommen, damit die in Brüssel neugeschaffene Stellung nicht nur im Geiste der Finanzministerium erfolgten, da sie später doch nur von der Produktion, das heißt der Industrie, durchführbar sein und mitgehen. Ich habe daher trotz meiner großen Bedenken zugestimmt, aber unter anderen die Bedingung gestellt, daß ein mir bekannter Sachverständiger aus dem Kreise von Kohle und Eisen teilnehme, da dieser Gebiet mir als Kenner der Verhältnisse am fernsten liegt, bei den zu erwartenden Verhandlungen aber eine grundlegende Rolle spielen mußte, wie auch aus früheren Hinweisen der Franzosen hervorging. Diese Bedingung konnte scheinbar nicht erfüllt werden. Mir Wirtschaftler haben erst die Gemeinsamen Beschlüsse der Verhandlungsführer zu lernen, ehe wir zu Verhandlungen zugelassen werden; oft für die Diplomatie andere Gesichtspunkte gelten, entzieht sich meiner Kenntnis."

Die Darstellung des Herrn von Siemens bestätigt, daß die Meldung des „Berliner Tageblatts" vollständig aus der Luft gegriffen war. Wenn das Blatt jetzt die Sache so darstellt, als hätte es nur eine „in politischen Kreisen verbreitete Ansicht" wiedergegeben, so darf man das wohl als ein Ausflugsgeschäft und ein Eingeständnis deuten.

### Dr. Vögler und die Brüsseler Konferenz.

Die „Nationalliberale Korrespondenz" schreibt:

Wie haben der einigen Tagen eine Behauptung gerüchtweise, die besonders durch eine von dem „Berliner Tageblatt", dem „Montag" nachgedreht wurde, und die darauf hinauslief, daß Dr. Vögler sich dahin ausgesprochen hat, „Montan" Stinnes eine Teilnahme an der Brüsseler Konferenz als Sachverständiger abgelehnt. Wir haben damals hervor, daß die Ablehnungsgründe des Abg. Dr. Vögler durchaus sachlich und nur jeder persönlichen Beeinflussung frei waren. Wir können das heute auf Grund besser informationen uns nachmals unterstreichen. Abg. Dr. Vögler hat eine Einladung zur Teilnahme an der Brüsseler Konferenz abgelehnt, die ihm am 10. Dezember ergehen, nachdem vorherigen eine Kommission von Sachverständigen, an der Abg. Dr. Vögler nicht beteiligt war, die Brüsseler Verhandlungen vorbereitet hatte. Abg. Dr. Vögler hatte wohl die ernstliche Empfehlung, bei der ohne Zuziehung mit diesen Vorverhandlungen in Brüssel nicht gut alle deutsche Sachverständige wählen können. Er hat die Einladung daher abgelehnt, ohne mit dem Abgeordneten Stinnes überhaupt ein Wort darüber gewechselt zu haben. Dies der Sachverhalt, wie ihn das „Berliner Tageblatt" bestimmt, ebenso wie die Ablehnung Stinnes' geben wird, wie von dem Abgeordneten des „Montan".

### Die Forderungen des Welfenhauses.

Braunschweig, 3. Januar. (W. T. B.) Das preußische Staatsministerium hat, wie bekannt, die Behauptung des Vertreters des vormaligen Herzogs von Braunschweig, wonach das Ministerium die Forderungen des Welfenhauses, die Krone des Hauses in wesentlichen Punkten unrichtig wiedergegeben haben soll, und erklärt.

Der Vertreter des Welfenhauses hat nach Bekanntgabe der bezüglichen Forderungen im Landtag einige unwesentliche Abänderungen des Verhandlungsprotokolls verlangt, die indes nur in der ersten Mitteilung betanntgegebene Höhe der Forderungen selbst in keinem Teile berührt wurde. Er erklärte Mitteilung, wonach der linke Teil aller zum Kronenguut gehörenden Domänen, das Schloß, Blankenburg, das Landes- und Kunstmuseum und die Mobilien sämtlicher Hofbaugebäude gefordert werden, entspricht durchaus den Tatsachen.

### Unbegründete bayerische Krisengerüchte.

Eigene Drahtmeldung.

M. München, 3. Januar.

Wie haben bereits darauf hingewiesen, daß in bezug auf die bayerische Ministerpräsidentenkrise Sensationsgerüchte kolportiert werden. So wird in verschiedenen Blättern die Angabe verbreitet, daß Hoyos vielleicht zu einer bayerischen Kabinettskrise kommen, und nach dem Rücktritt des Ministerpräsidenten von Kahr werde sich die bayerische Volkspartei mit dem Abgeordneten Schäffer in Paris, Dr. Mayer, der bekanntlich Mitglied dieser Partei ist, wegen der Kabinettsbildung in Verbindung setzen.

Derartige Behauptungen sind durchaus als Kombinationen zu bezeichnen. Solange nicht eine Entscheidung des Obersten über den Gesamtwohnervorbehrage gefallen ist, dürfte sich in der inneren Politik Bayerns nichts ändern. Ministerpräsident v. Kahr wird im kaum letzter Woche nach Berlin fahren. Auch Dr. Heim sagt sich im heutigen Abendblatt das „Bayerischen Kurier" über die Gesamtwohnervorbehrage verneinen. Er spricht von dem Sieg einer bestimmten, gemäßigtsozialistischen Regierung in Frankreich, was in der Politik, wie immer, Sprungfeld geerbeitet werden. Frankreich lasse sich zu einer folgerichtigen Politik verleiten, heißt Kundmachungen vielleicht in erster Linie Frankreich bis zur Hefe ausgekostet haben werde. Die Schwarmlinie, die bedauerlicherweise, man könne mit der bayerischen Einwohnerwehr zuleitet der bayerischen Grenze operieren, seien einfaches und die Glaube ist unerschütterlich, daß die Bayerischen Einwohnerwehren zu 80 Prozent verpflichtet seien und mindestens 80 Prozent über 40 Jahre alt wären. Wenn General Nollet einen anderen Standpunkt vertritt, so ist es ein Beweis dafür, daß es den Kontrollgrenzen Interessiertes Gemüthlichkeit Glauben schenkt, weil es ihm in den Kram paßt. Wenn sich selbst die Sicherheitspolizei, deren Organisation von den interalliierten Kommissionen bereits genehmigt wurde, Gegenstand von Einwendungen ist, so ist kein Zweifel mehr darüber möglich, welche Ziele verfolgt werden.

### Zur Anzeigensteuer.

Nach § 27 des Umsatzsteuergesetzes ist die Anzeigensteuer bei Zeitungen und Zeitschriften nach der Höhe der für Anzeigen vereinnahmten Entgelte festgesetzt. Die Ausführungsbestimmungen zu § 27 des Umsatzsteuergesetzes haben bei der Festsetzt nach der Höhe der Entgelte innerhalb eines vollen Jahres zu berechnen ist und haben dem Gesetz ausschließlich für Zeitungen und Zeitschriften auf ein volles Kalenderjahr gilt. In der Praxis sind jedoch Zweifel entstanden, ob dies in denen zum Teil den Ausführungsbestimmungen Gesetzesregelung vorgenommen wird. Das Reichsministerium der Finanzen hat sich daher veranlaßt gesehen, den Reichsfinanzhof in München um ein Gutachten über die Rechtsgültigkeit der Ausführungsbestimmungen zu ersuchen. Der Reichsfinanzhof hat in seinem Gutachten vom 24. Dezember 1920 sich dahin ausgesprochen, daß die erwähnten Bestimmungen in jeder Weise zu recht bestehen.

## Deutsches Reich.

### Streikbewegung in Ostpreußen.

Rt. Königsberg, 3. Januar. (Eigene Drahtmeldung) Bei der Abstimmung über die Frage, ob in Folge der Ablehnung der Forderungen der Streik erklärt werden soll, haben in Königsberg 94 vom Hundert und in ganz Ostpreußen 86 vom Hundert der Eisenbahnarbeiter für den Streik gestimmt.

**Das Abstimmungsergebnis in Dresden.**

Dresden, 3. Januar. (Eigene Drahtmeldung) Das endgültige Resultat über die Abstimmung der Eisenbahner in Sachsen liegt nunmehr vor. Danach sollen sich 75 Prozent der Eisenbahner bei einer Beteiligung von 90 Prozent für den Streik ausgesprochen haben.

### Kommunistische Propaganda in Dresden.

S. Dresden, 3. Januar. (Eigene Drahtmeldung) Im Westhalle Dresden wird augenblicklich eine Reihe von Versammlungen eine intensive Propaganda unter den Erwerbslosen betrieben. Bei den Versammlungen wird die Erwerbslosen gemeinsam Sonntag fand, die 1884 in Hohenstein von Wilmersdorf-Zuchtrennen gegangen. In Ritschdorf betrug der Hinst bis in die Tausend ein Wohlbegleitet.

Der Hannoversche Rennverein hat im vergangenen Rennjahr 70 450 M an Zuchtprämien verteilt.

Als neuer Trainer für das Gestüt Graspel ist jetzt der bisherige Reitsektionsmeister des Stalles, Max Streeck, verpflichtet worden und nicht, wie es in den meisten Blättern heißt, H. Fischer. Als Jockei wird auch in diesem Jahre wieder H. Leichmann tätig sein.

Der Hannoverscher Reit- und Fahrclub veröffentlicht die Ausschreibung für sein am Jg. 18. und 14. Mai im Lippodrom zu Frankfurt am Main stattfindendes Turnier. Zum Austrag gelangen 13 Wettbewerbe, davon 8 Springprüfungen, je 1 Reit-Dressur- und Eignungsprüfungen und eine Mannschaftsprüfung.

Mit das Hamburger Reit- und Springturnier des Hanseatischen Sport- und Fahrvereins am Rand 9. Januar gingen insgesamt 128 Unterschriften für die acht Wettbewerbe ein. Unter den 19 Nennungen für die Hamburger Springprüfung befinden sich bekannte Springpferde, die Wallner, Nauen II, Galatz, Claus, Bibelot, Eisbär, Banjo und Cowboy.

### Leibesübungen.

Gebührenfreie Turnhallen. Nach längeren Bemühungen hat die Ortsgruppe Stolp des D. R. A. es erreicht, daß der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung den Beschluß gefaßt haben, sämtlichen Turn- und Sportvereinen die Turnhallen unentgeltlich zur Verfügung zu stellen, also auch ohne Übernehmung der Kosten für Reinigung, Licht und Heizung.

### Rad- und Automobilsport.

Die Bestrebung im 100-km-Mannschaftsfahren wurde dem Radfahrverein Presto-Chemnitz von seinen beiden Sportausschüssen des Bundes Deutscher Radfahrer vorgelegt, dessen Mannschaft gelegentlich des Gau-Mannschaftsfahrens am 12. August 1920 auf der Strecke Chemnitz—Leipzig 100 km in 2 St. 54 Min. 7½ Sek. gefahren hatte.

Die Schwedische Automobil-Winterfahrt abgesagt. Der Kgl. Schwedische Automobil-Club hat sich mit Rücksicht auf die Schneiverhältnissen im hohen Norden entschlossen, die immer wieder abzunehmen, gezwungen gesehen, die für den 26. Januar anberaumte Automobil-Winterfahrt Stockholm—Gothenburg—Stockholm abzusagen.

### Wintersport.

Bahrische Winterportwettbewerbsfahren. In Zeitberg wird am 6. und 7. Januar eine Bahrische Skiwettbewerbsfahrt von Baden ausgetragen werden. Als Termin ist der 16. Januar in Aussicht genommen. Der Wettbewerbsfahrt Radstadtwand in Zeitberg wird außerdem am einem noch festzusetzenden Termin Ende Januar oder Anfang Februar die Radstadtwettbewerbsfahrt von Baden auf der bekannten Hofwaldrebelbahn veranstalten.

Die Hauptverbandswettfahrt des Deutschen Alpenvereins in St. Andreasberg im Harz vom 11. bis 23. Januar haben vor: einen Dauerlauf (31 km) für Läufer über 20 Jahre, einen Langlauf für 16—18- und 18—20-jährige (8 km), einen Radwettlauf (8 km), einen Langlauf für Läufer über 20 Jahre, einen Langlauf der Klassen II und I (15,9 km) für Läufer über 20 Jahre, einen Damenabfahrtslauf, einen Kinderlauf, einen Staffellauf über 15,9 km (6 Mann à 2,18 km), Jugendläufe für Knaben und Mädchen, einen Skifestlauf über 9 km, Sprungläufe in fünf Klassen, einen Jugendsprunglauf. Nebenher geht ein Militärlanglauf über 15,9 km um den Schwedenkrucker und um Einzelpreise. Schiedsrichter sind W. W. Wirsch aus Dr. W. Brod (Frankfurt a. M.), Kampfrichter R. Meiner (München), Dr. Walter (Oberwiesl), Dr. Witte (Braunschweig).

## Reichshauptstadt.

### Der Mut der Jugend.

Die Dichter lieben es, das Glück der Erinnerung in hohen und beweglichen Tönen zu preisen. Vergil hat in der Aeneide, des Mutes angeklagen, als er sagt: „Forsan et haec olim meminisse juvabit". Vielleicht wird auch dies einmal eine Erinnerungsquelle — und es gilt seitdem als eine unausleidbare Wahrheit, daß nicht allein reinerer Genuß gewähret, als im Alter die Gedanken zurückwandern zu lassen in die Tage, da man noch ein Jüngling war im heiligen Hain der Begeisterung, in Pflegestätte in die Mädchenschule ging.

In Wirklichkeit verhält die Sache sich häufig genau umgekehrt, nur die Jugend hat, an Freuden arm und reich nur an Entbehrungen. Erst das Alter brachte ein behagliches, sorgloses Ruhedasein.

Das Unglück und die Not, in die unser Vaterland durch Krieg und Umsturz geraten ist, hat Tausende des Kulturbeni im Hafen des Alters vertrieben. Ihnen bleibt in der Tat, wenn sie nicht verzagen wollen am eigenen Schicksal, nicht viel anderes übrig als die Erinnerungsfreude. Jede Stunde vergangenen Glückes, erfüllter Bündnisgenosse Erfolge gewinnt nun verklärtes, neues Leben.

Ganz anders von heute, die in unnachdenklichen Schaden nach frohe, als die Kriegsfrohe des Weltkrieges, die heute Heimkehrenden noch viel weniger geneigt, als Jugend es jemals war, endlichig zu lauschen, wenn man vor ihr das Lobblied des Gymnasiums anstimmen wollte. Der „laudator temporis acti" ist den Jungen mit Recht stets als ein langweiliger, anmaßlicher Geselle erschienen.

Wieder nahme die Jugend den Mut, der Zukunft so unbekümmert entgegenzugehen, wenn nicht aus eigener Brust? Dieser Mut ist so gerade jetzt, nach Weltnacht und Umsturz, durch eine ungeahnte Menge von Verhältnissen offenbart. Jede Post bringt gedruckte Anzeigen, in denen Herr und Frau X und, wie der Brauch es will, ergebenst mitteilen, daß ihre Tochter mit Herrn Y in den Heiligen Stand der Ehe zu treten gedenke, und man kann darauf rechnen, mindestens noch zwei Dutzend Anzeigen auf dem Nachmittagstisch anzutreffen, den die Brautleiten, Berliner Stile zufolge, veranstalten, um ihren angechenden Schwiegersohn allen Verwandten und Bekannten in Natur und Lebensgröße zu präsentieren.

Und dann fällt es auf, wie jung doch jetzt diese jungen Brautpaare sind. Sie aufgeben, ein fünfundzwanzig, das ist, wie es scheint, nicht Altmahne, sondern Regel. Ehemals wartete der Mann, um einen Hausstand zu beginnen, die Dreißig ab. Ungern entsagte er früher der „Freiheit" des Junggesellentums, dem Stammtisch, den Skiabenden und Reisen, unbelästigten Schlafstreichen. Die Jugend von 1921 hat ein Gemüt von Stammtischgeschwätz und spielt lieber Tennis als das Spiel der vier Wenzel. Sie tanzt die komplizierteste Tänze, die aus dem dunklelsten Kopenhagen und gelangten, mit gleicher Grazie und größerer Ausdauer als ihre Urgroßmütter das Menuett. Und sie tanzte, um zu zeigen, daß sie einen phantasiereichen Filmen einer Duffiniérin, „Maria Stuart" vorzieht, least Zeugnis davon und hat, ihr Sinn auf das Reale gerichtet ist.

Bedeutet sie dafür Tode? Gewiß nicht! Sie fühlt, ohne es vielleicht zu wissen, daß das Leben, das ihrer wartet, fest und ohne langes Besinnen angepackt werden will, und daß nicht Gefühlsüberschwang und fremdes Dichten, nicht langes Ueberlegen und nicht ängstliche Rücksichtnahme vonnöten sind, um es zu meistern, sondern der frische Wagemut, der der Jugend höchste Weisheit ist.

Dr. A. v. W.

### Sport.

#### Pferdesport.

Rennen zu Celle-Boruß. Der am 31. Dezember in Kleinhorst in Schlesien zum erneuten im 68. Jahre verstorbene Fürst zu Solms-Baruth, der ehemalige Oberstkämmerer des Kaisers, ist in früheren Jahren ein warmer Freund des Rennsports und der edlen Pferdezucht gewesen. In den achtziger Jahren unterhielt er einen Galopp-Rennstall, der unter der Leitung des verstorbenen Trainers J. Cooper stand. Sein bestes Pferd war der aus Vorwerk, mit dem er Hannoversche Siege namens Sona fuhr, die 1884 in Hopsgarten und Wilmersdorf-Zuchtrennen gewann. In Ritschdorf betrug der Hinst bis in die Tausend ein Wohlbegleitet.

Der Hannoversche Rennverein hat im vergangenen Rennjahr 70 450 M an Zuchtprämien verteilt.

Als neuer Trainer für das Gestüt Graspel ist jetzt der bisherige Reitsektionsmeister des Stalles, Max Streeck, verpflichtet worden und nicht, wie es in den meisten Blättern heißt, H. Fischer. Als Jockei wird auch in diesem Jahre wieder H. Leichmann tätig sein.

Der Hannoverscher Reit- und Fahrclub veröffentlicht die Ausschreibung für sein am Jg. 18. und 14. Mai im Lippodrom zu Frankfurt am Main stattfindendes Turnier. Zum Austrag gelangen 13 Wettbewerbe, davon 8 Springprüfungen, je 1 Reit-Dressur- und Eignungsprüfungen und eine Mannschaftsprüfung.

Mit das Hamburger Reit- und Springturnier des Hanseatischen Sport- und Fahrvereins am Rand 9. Januar gingen insgesamt 128 Unterschriften für die acht Wettbewerbe ein. Unter den 19 Nennungen für die Hamburger Springprüfung befinden sich bekannte Springpferde, die Wallner, Nauen II, Galatz, Claus, Bibelot, Eisbär, Banjo und Cowboy.

#### Leibesübungen.

Gebührenfreie Turnhallen. Nach längeren Bemühungen hat die Ortsgruppe Stolp des D. R. A. es erreicht, daß der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung den Beschluß gefaßt haben, sämtlichen Turn- und Sportvereinen die Turnhallen unentgeltlich zur Verfügung zu stellen, also auch ohne Übernehmung der Kosten für Reinigung, Licht und Heizung.

#### Rad- und Automobilsport.

Die Bestrebung im 100-km-Mannschaftsfahren wurde dem Radfahrverein Presto-Chemnitz von seinen beiden Sportausschüssen des Bundes Deutscher Radfahrer vorgelegt, dessen Mannschaft gelegentlich des Gau-Mannschaftsfahrens am 12. August 1920 auf der Strecke Chemnitz—Leipzig 100 km in 2 St. 54 Min. 7½ Sek. gefahren hatte.

Die Schwedische Automobil-Winterfahrt abgesagt. Der Kgl. Schwedische Automobil-Club hat sich mit Rücksicht auf die Schneiverhältnissen im hohen Norden entschlossen, die immer wieder abzunehmen, gezwungen gesehen, die für den 26. Januar anberaumte Automobil-Winterfahrt Stockholm—Gothenburg—Stockholm abzusagen.

#### Wintersport.

Bahrische Winterportwettbewerbsfahren. In Zeitberg wird am 6. und 7. Januar eine Bahrische Skiwettbewerbsfahrt von Baden ausgetragen werden. Als Termin ist der 16. Januar in Aussicht genommen. Der Wettbewerbsfahrt Radstadtwand in Zeitberg wird außerdem an einem noch festzusetzenden Termin Ende Januar oder Anfang Februar die Radstadtwettbewerbsfahrt von Baden auf der bekannten Hofwaldrebelbahn veranstalten.

Die Hauptverbandswettfahrt des Deutschen Alpenvereins in St. Andreasberg im Harz vom 11. bis 23. Januar haben vor: einen Dauerlauf (31 km) für Läufer über 20 Jahre, einen Langlauf für 16—18- und 18—20-jährige (8 km), einen Radwettlauf (8 km), einen Langlauf für Läufer über 20 Jahre, einen Langlauf der Klassen II und I (15,9 km) für Läufer über 20 Jahre, einen Damenabfahrtslauf, einen Kinderlauf, einen Staffellauf über 15,9 km (6 Mann à 2,18 km), Jugendläufe für Knaben und Mädchen, einen Skifestlauf über 9 km, Sprungläufe in fünf Klassen, einen Jugendsprunglauf. Nebenher geht ein Militärlanglauf über 15,9 km um den Schwedenkrucker und um Einzelpreise. Schiedsrichter sind W. W. Wirsch aus Dr. W. Brod (Frankfurt a. M.), Kampfrichter R. Meiner (München), Dr. Walter (Oberwiesl), Dr. Witte (Braunschweig).


Exquisit Echter alter Weinbrand
Die Perle der Liköre
R. L. Kempe & Co. Aktiengesellschaft, Oppach i. S.

Gentila-Figurverbesserer
zur Erlangung einer jugendlich schlanken, vornehm eleganten Figur und graziösen Haltung für jede Dame, die auf Schlankgemänkel der Figur, Anmut und Grazie, Elastizität des ganzen Wesens legt, unentbehlich.
Verringert ganz bestimmt durch dauernde milde Massagewirkung die Hüftpartie in überraschender Weise und verhindert Fettansatz und Stärkerwerden des Unterleibes. Stützt das Kreuz, fasst den Leib ab und stellt die jugendliche Linie wieder her.
Bestes Mittel zur Wiedererlangung verlorener Formschönheiten, eleganteste Korsettersatz aus kräftigem, infolgedessen elastischem Spezialgewebe. Ärztlich empfohlen. Ist Tragen, Bett als Massagebrett frei, hindert nicht beim Atmen, gibt jeder Bewegung nach und ist auch für Sport trotzdem Damen von hohem Wert. Illustrierter Katalog kostenfrei.
J. J. Gentil, Berlin W 66
Potsdamer Strasse 5
Spezialität für Figurverbesserer.
Leibbinden, Gummistrümpfe.

Unsere Spezial-Abteilung
Uniformen färben, in Zivil umarbeiten in schwarz, blau, braun, in grün u. Cover-Coats-Farbe in 8 Tagen
sowie Wenden, umarbeit. Neuarbeiten von Herren-, Damen-Garderobe in 3 Tagen
Unmoderne!!!
Damenkostüme und Herren-Garderobe werden in 3 Tagen modernisiert, gekürzt und gereinigt nach neuesten Modellen
Jedes Pelz-Stück wird in 8 Tagen gefärbt und umgearbeitet
Trauersachen werden in 48 Std.
Jeder Artikel wird auswärtsen gefärbt in 8 Tagen
Jeder Artikel chemisch gereinigt in 24 Std.
Ludwig Basch Berlin W. 6
Centrum 7828 Friedrichstrasse 68
Abholg. u. Zusendg. kostenfrei unter Garantie.

Schwechten
Berlin SW. 68 Kochstr. 66/67.
Hof-Pianofortefabrik Gegründet 1853. 42 000 Pianos und Flügel im Gebrauch, in der ganzen Welt verbreitet.
Nur erstklassige Instrumente. Angebote und Abbildungen kostenlos. Telegr.-Adresse: Gesplano Berlin. Sofortige Lieferung möglich.

Gegr. 1894 Albert Meilich Gegr. 1894
Kunstdrucken
Fabrikation von Metallschildern aller Art, Messing und 4 Metall. Emblemen von Blech, Bronzen u. 4 Elbmalen. Messinge und Fabrik: Berlin S. 42, Prinzenstrasse 80 b, Fernsprecher: Moritzplatz 13 567.

Schreibmaschinen
alle Marken, auch für Papier.
Büromöbel
Reparaturen prompt und billig.
Lokomotiv & Liebtenberg,
Berlin O. 8, Prinzenstrasse 69.
Tel.: Moritz 4 13 498.

Hof- und Staatsuniformen
empfiehlt, sowie jede Militärartikel, Reitsachen, Unterwäsche
Th. Kleiber, Berlin, Friedrichstr. 99.

Ankauf! Leihen 3047. Verkauf!
Alt-China-Porzellan
Bronzen, Stickereien, Elfenbein usw.
TH. BOHLKEN, Kurfürstenstr. 122

Möbel
Ankauf
Verkauf
Beleihung
Lombard- u. Möbelpeicher Carl Schoof Ww.
Inh. Georg Burkard
Nur Neue Friedrichstrasse 11.
Tel. Alexander 2876.

Stoffe
für Herren-Anzüge, Mäntel, Kleider, Kammgarnstoffe.
Meter 40 M., 45 M., 50 M., 60 M.
Nur inländische Gewebe — mit Garantie.
Koch & Seeland S. 2.
Fernsprecher: Gerichtsamt Berlin, 99—81. Telegr.-Adr.

Ia Polizeihunde
scharfe, zuverlässige Schutz- und Begleithunde, stets gesund. Reinrassige, ich bin die große Auswahl.
Grösste Berliner Dressuranstalt
am Hundehof Hohenzollerndamm 77
Kämpfe, chemischer Vollgoldmeister, gepräftet Polizeihundführer.

Rheumacitin
Marke „Elmin"
ist nicht nur
schmerzstillend,
sondern bringt die Rheumatismen bei Rheumatismus, Gicht, Ischias, Gelenkrheumatismus
Pelikan-Apotheke, Berlin, Friedrichstraße 66.
Telefon: Centrum 2755. Preisliste gratis.

Fürst a. Blücher
sind ein nicht zu ersetzender Wasch- und Reinigungsmittel. Fürst a. Blücher werden Ihnen Freude bereiten. Ihnen Freude bereiten! Fürst a. Blücher & Fürst.

AMSTEA
Export A.-G. Import
Berlin W. 9, Bellevuestr. 14
Telegr.-Adr. Amstea Telefon: Amt Nollendorf 5980
Lacomotiven — Bierschwenkwagen
für Bierwagen und Schwenkapparate
Werkzeugmaschinen — Handwerkzeuge
Segelschiffe — Oel-Motoren
Elektromotoren — Telefon-Telegraphen-Material
Nähmaschinenmaschinen.

Harmonium
Grosse Auswahl sofort
Miete.
Rich. Lemm
Brandenburgstr. 13/14.
Berlin S. 42, 43

Herrenzimmer
eichen Stil, gute solide, schwarz-braune Ausführung
massiv 1 Buffet, 1 Ausziehtisch, 4 Lederstühle, 2 Schreibsessel, 1 Spiegel, 1 Vitrine, 1 Kleiderschrank, Preis 18 000 M.
Kaufhaus Ruhmann
Berlin, Friedrichstr. 232.

Charakter haben
313
muss ein Gericht! Jede Speise bekommt einen feinen Charakter durch einen Löffel voll Plantox.
Plantox-Extract und Plantox-Würze sind in jedem Kolonialwarengeschäft erhältlich.
Paraguay-Fleischextract-Ges. m. b. H. Hamburg.

Soeben erschien: Handausgabe des Körperschaftssteuergesetzes
vom 30. März 1920
Mit eingehenden Erläuterungen. Herausgegeben von Dr. Richard Rosendorff, Rechtsanwalt und Notar in Berlin.
Preis: in Halbleinen gebunden 25 M.
Unentbehrlich für alle Erwerbsgesellschaften, Genossenschaften, Bergwerkschaften usw.
Der Verlag ist, der nach dem Gesetz Pflicht der Kreditgenossenschaften, der Gewerbe- und Handelsregister, der Amtsgerichte, Bilanz- und Steuerrechte gehört, sowie
ohne erschöpfende Erläuterung des Gesetzes
Verwaltungsgerichte, die Reichsfinanzhofe usw.
Industrieverlag Spaeth & Linde, Berlin C. 2, Königstr. 53.

DAZ
In Berlin bestellt man
die „Deutsche Allgemeine Zeitung"
(monatlich 13 M.) täglich zweimal frei ins Haus)
telephonisch
Nollendorf 5980



Chefredakteur: Rudolf Cuno. — Verantwortlicher Redakteur: für Innere Politik: Fritz Kaufler; für Auswärtige Politik: O. G. v. Wiesenhütt. Für das Feuilleton: Otto Stoßer. Für den Volkswirtschaftlichen Teil: Gustav Mahlert. Für den sozialen Teil: Dr. Rudolf Brook. Für den Sportteil: Fritz v. Opps-Krieger. Für den übrigen Teil des Blattes: Dr. Hans Simon. Für den Anzeigenteil und Geschäftliche Mitteilungen: Herman Zachsen Schwerdtfeger.
Sämtlich in Berlin.
Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 32.

# Volkswirtschaftlicher Teil.



## Die Reichsbank und die Lage unserer Finanzen.

Die Verhältnisse bei der Reichsbank haben sich neuerdings so vollkommen gegen früher geschoben, dass es schlechterdings unmöglich ist, heute schon über das voraussichtliche Jahresergebnis auch nur ein einigermassen verlässliches Urteil zu fällen. Fest steht, dass die Umsätze wieder ganz ausserordentlich gewachsen sind, und sich die Gewinne entsprechend erhöht haben; auf der anderen Seite sind aber die Unkosten ganz gewaltig gestiegen, und nicht minder wird das Konto „Verluste" einen recht bedeutenden Betrag aufweisen. Bei der Steigerung der Umsätze und Erträgnisse spielen wohl in erster Reihe wieder die Kredite eine Rolle, die für das Reich befriedigt werden mussten, und zwar durch andauernde Begebung von Reichsschatzscheinen. Die Diskontierung von Wechseln, die bereits gleich bei Kriegsbeginn sich auf ein Minimum reduziert hatte, ist auch heute noch überaus gering, und zwar einmal als eine Folge der Flüssigkeit der Geldmärkte und ferner deshalb, weil die Zahlungsbedingungen des In- und Auslandes so ganz andere geworden sind. Was die Verluste betrifft, so lassen sich diejenigen aus dem sehr umfangreichen Devisengeschäft überhaupt noch nicht übersehen; es ist das aber ein Posten, der ganz besondere Beachtung verdient, und man wird den Aufklärungen hierüber in dem Jahresbericht mit grossem Interesse entgegensehen können. Ebenso ist ein Faktor, der sehr ins Gewicht fällt, die ganz ausserordentliche Erhöhung der Gehälter und Löhne, hervorgerufen einmal durch die Erhöhung an sich und sodann indirekt durch die Vermehrung des Personals. Auch die Anfertigung der Unmassen von Noten erwie sonstigen Materials hat die Ausgaben hierfür ganz unverhältnismässig gesteigert. Von einer Dividendenschätzung muss unter diesen Umständen von vornherein abgesehen werden, wenn man auch wohl annehmen kann, dass eine wesentliche Veränderung gegen das Vorjahr sich kaum ergeben wird.

Dass die Reichsbank die Herrschaft über Geldmarkt in gewissem Sinne verloren hat, lässt sich nicht leugnen, schon allein das fortgesetzte Hineinpressen überflüssiger Gelder in den Verkehr und die gewaltigen Depositenmengen und Giroguthaben der Kreditinstitute haben ihr redlich Teil dazu beigetragen. Ohne dieses Hineinpressen von Papiergeld müsste der Verkehr sich das Geld im Wege des Kredits bei der Reichsbank oder einer Darlehnskasse holen und wahrscheinlich zu recht teuren Sätzen. Der Reichsbank steht indes augenblicklich kein wirksames und ernstlich zu erörterndes Mittel zur Verfügung, um sich dagegen zu schützen. Den Vorschlag, die Diskontierung von Reichsschatzscheinen einfach zu verweigern, hat sie bisher stets ablehnen zu müssen geglaubt, weil hierdurch der Kredit nicht nur des Reiches, sondern auch der Reichsbank selbst in hohem Masse geschmälert werden würde. Dass die Reichsfinanzverwaltung die Schatzwechsel nach Ablehnung durch die Reichsbank vielleicht selbst direkt an den Geldmarkt bringen könnte, ist wohl kaum anzunehmen und der Erfolg wäre auch wohl kaum ein besonders günstiger. Die Reichsbank hat jedenfalls nicht nur vor dem Kriege, sondern auch während des Krieges und jetzt nach der Revolution alles nur Erdenkliche getan, um dem Reiche und dem allgemeinen Verkehr in jeder Weise entgegenzukommen; hierüber herrscht wohl nur eine Stimme. Der Präsident selbst hat wiederholt, erst vor kursem in dem Steuerausschuss des Reichstages, sich über alle diese Fragen eingesprochen und auch versucht, Mittel und Wege zu finden, wie den traurigen Finanzverhältnissen des Reiches wieder eine festere Grundlage gegeben werden kann. Freilich hat er hierbei bis jetzt noch nicht die Unterstützung erhalten, die mehr denn je so entscheidenden Fragen unbedingt tut wendig ist.

Zweifellos bedeutet das fortgesetzte Anwachsen der schwebenden Schuld und die Deckung der Reichsausgaben durch die Notenpresse eine immer grössere Gefahr für das Reich, für die Reichsbank und unsere gesamte Volkswirtschaft, eine Gefahr, die nicht rasch genug genommen werden kann und gar leicht zu einem völligen Zusammenbruch unserer Währung und unserer Valuta führen und uns damit in die Assignatenwirtschaft hineintreiben könnte. Bei einem noch weiteren Sinken der Valuta, die ja durchaus nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen ist, würde die Mark, mit der ja vorläufig noch unsere Einfuhr bezahlt wird, im Auslande unverkäuflich sein, und es bleibt dann nur noch die Möglichkeit, Einfuhren im Wege des Tauschhandels zu erhalten.

Die schwebende Schuld betrug Ende 1918 ca. 55 Milliarden, Ende 1919 etwa 86 Milliarden Mark, d. h. ein Mehr von 31 Milliarden; in den letzten 7 Monaten ist sie bereits um rund 53 Milliarden gestiegen, d. h. um das Zehnfache der gesamten Vorkriegsschuld des Reiches. Der Papiergeldumlauf betrug Ende 1918 32½ Milliarden, Ende 1919 rund 50 Milliarden ℳ, d. h. ein Mehr von 17½ Milliarden, Ende November bereits rund 75 Milliarden Mark. Dieses Mehr von letzte 25 Milliarden ist allein fast das Fünffache des gesamten deutschen Geldumlaufs vor dem Kriege. Die Gründe, die ausser dem beständigen Anwachsen der schwebenden Schuld noch an dieser enormen Steigerung des Papiergeldumlaufs sehr wesentlich mitgewirkt hatten, wie: Steigerung der Preise, Löhne und Gehälter, das Hamstern von Noten usw., sind oder waren doch im letzten Halbjahr im wesentlichen zum Stillstand gekommen.

Die wachsende Papierflut in unserem Lande wird von Auslande sehr genau verfolgt. So kann man beobachten, wie jeder neue Bankausweis an den neutralen Plätzen Anlass zu wusten Spekulationen gibt, natürlich meist à la baisse. Wie die Valuta, so ist auch der Reichskredit im Auslande bereits stark gesunken, und zunächst ist es nur noch der Reichsbankkredit, der etwas gilt. Aber auch der wird gefährdet durch den andauernden Rückgang der Valuta, und hierin liegt eine unmittelbare Gefahr für das Reich und die Volkswirtschaft. Im Inlande wächst natürlich ebenfalls das Mistrauen in unsere finanziellen Verhältnisse, und dadurch wird das Geld immer weiter entwertet.

Die Schwierigkeiten dieser ungeaublich geldlichen Entwicklung und der Möglichkeit, sie zu bannen, dürfen sich noch wesentlich erhöhen, wenn der Geldmarkt nicht mehr in der Lage sein sollte, die von der Reichsbank an ihn begebenen Reichsschatzscheinanweisungen aufzunehmen. Gegenwärtig ist er bei seiner grossen Flüssigkeit noch hierzu imstande. Die fremden Gelder der deutschen Banken werden auf etwa 50 Milliarden ℳ, die Einlagen der deutschen Sparkassen auf ca. 45 Milliarden, der Genossenschaften auf ca. 10 Milliarden ℳ geschätzt, das zusammen etwa 105 Milliarden, von denen ca. 110 Milliarden als deutsches Kapital anzusprechen sind. Wenn nun erst die Kommunale und grossen Industriegesellschaften wie ihren starken Bedarf durch fortgesetzte Emissionen von Anleihen, Aktien und Obligationen gedeckt haben, wenn die Reichsstaatsanleihe ebenfalls eingesogen werden, auch das Zurückziehen der ca. 25 Milliarden Mark Guthaben im Auslande hat verschiedene Mistrauen des Auslandes nicht in gewünschter Masse sich ausgeschaltet lässt, wenn dann der gefährliche Augenblick eintreten, dass auch der Geldmarkt versagt, dass die neuen Reichsschatzscheinanweisungen zur Reichsbank zurückströmen, dass man sie nicht mehr unterbringen werden. Der Ausweg der Reichsbank würde dann das Doppelte oder mehr an Schatzanweisungen anweisen als bisher. Es wird schwerer Konsequenzen dieses Verfahren, wenn es dazu kommen sollte, bedeutet zu werden. Augenblicklich besteht, wie gesagt, diese Gefahr noch nicht, aber es wäre falsch, wenn man glaubt, den Vogel Strauss den Kopf in den Sand stecken wollte.

Jedenfalls im deutschen Volke muss es auch die Pflicht sein, an seinem Teile mitzuhelfen, dass wir nicht weiter in den Abgrund rollen. Intensive Arbeit und grösste Sparsamkeit sind das erste Erfordernis, und das kann jeder ohne weiteres aufbringen. Unsere verantwortlichen Regierungsstellen und die führenden Männer in allen Zweigen des Wirtschaftslebens müssen dann Ihrerseits bestrebt sein, unsere Handels- und Zahlungsbilanz durch Einschränkung unnötiger Einfuhren und Hebung der Ausfuhr zu bessern, durch Beschaffung von Rohmaterialien und Hebung der Kohlenproduktion unsere Industrie wieder leistungsfähig zu machen. Dringend notwendig ist ferner, die uns auferlegten Kriegslasten genau und auf ein durchführbares Mass festzusetzen und vor allem das Vertrauen des Auslandes in unsere finanzielle und wirtschaftliche Kraft und in unsern festen Willen, wieder zu geordneten Verhältnissen zu kommen, zurückzugewinnen. Wenn im ganzen deutschen Volke der einmütige Entschluss besteht, auf einer solchen Grundlage ein neues Gebäude fest und solide aufzurichten, dann brauchen wir die Hoffnung auf eine bessere Zukunft nicht sinken zu lassen.

## Deutsche Volkswirtschaft.

**Schiffsverkehr in Bremen.** Der Seeschiffsverkehr in den Weserhäfen für bremische Rechnung ist im November gegenüber Oktober grösser gewesen. Es sind angekommen 238 Schiffe mit 161 092 Register-Tonnen (im Oktober 202 Schiffe mit 114 998 Register-Tonnen), davon allein auf Bremen Stadt 140 Schiffe mit 86 820 Register-Tonnen (118 Schiffe mit 68 215 Register-Tonnen), einschliesslich der Schiffe, die ausserdem noch stadtbremische Häfen angelaufen haben. Von Januar bis einschliesslich November steht sich der Verkehr in sämtlichen Weserhäfen für bremische Rechnung auf 2054 Schiffe mit 1 408 806 Register-Tonnen (1902 Schiffe mit 78 302 Register-Tonnen gleichzeitig in 1919), davon in stadtbremischen Häfen 1599 Schiffe mit 754 431 Register-Tonnen (989 Schiffe mit 352 409 Register-Tonnen) und in Bremerhaven 799 Schiffe mit 429 666 Register-Tonnen (879 Schiffe mit 307 957 Register-Tonnen). Im Flusseschiffahrtsverkehr sind angekommen: von der Oberweser 165 Schiffe mit 57 504 Register-Tonnen (150 Schiffe mit 55 108 Register-Tonnen im Oktober), und von der Unterweser 152 Schiffe mit 37 870 Register-Tonnen (125 Schiffe mit 32 967 Register-Tonnen). In der Zeit von Januar bis November einschliesslich sind angekommen: von der Oberweser 1565 Schiffe mit 543 478 Register-Tonnen (gleichzeitig in 1919: 2017 Schiffe mit 710 382 Register-Tonnen), von der Unterweser 1697 Schiffe mit 326 747 Register-Tonnen (1504 Schiffe mit 492 567 Register-Tonnen).

**Die reichsdeutschen Aufträge an die oberschlesische Industrie.** Der Verein deutscher Eisenhüttenleute veröffentlicht einen Aufruf, Er zeigen die angeblich Zurückhaltung deutscher Firmen bei der Vergebung von Aufträgen für oberschlesische Werke berichtet ist. Bei der grossen Wichtigkeit der Sache geben wir den Aufruf wörtlich:

„Industrielle Werke im oberschlesischen Abstimmungsgebiet klagen darüber, dass ihnen seit geraumer Zeit mit Rücksicht auf das nach ihrer Ansicht ungewisse politische Schicksal Oberschlesiens Aufträge von Firmen im unbesetzten Deutschland versagt werden. Vielfach sollen deutsche Firmen die Vergebung von Aufträgen ausdrücklich mit der Begründung abgelehnt haben, dass sie erst das Ergebnis der Abstimmung in Oberschlesien abwarten müssten. Durch diese Zurückhaltung entstehen den oberschlesischen Werken schwere Nachteile, und es sind ungeheure Wirkungen auf die Stimmung der deutschen Arbeiterschaft der oberschlesischen Eisenhütten, Stahl- und Eisengiessereien usw. infolge von Arbeitsmangel zu befürchten. Im Interesse der Abstimmung ist es unbedingt notwendig, dass alle Betriebe in Oberschlesien nicht nur voll beschäftigt, sondern nach Möglichkeit in erhöhtem Masse mit Aufträgen versorgt werden. Der oberschlesische Arbeiter muss die Gewissheit haben, dass er in einem deutschen Oberschlesien unter Arbeitsmangel nie zu leiden haben wird.

Wir richten deshalb an alle industriellen Werke, Firmen und Wirtschaftsverbände Deutschlands den eindringlichen Ruf, kleinliche Rücksichten zurückzustellen und im Interesse des grossen Ziele, Oberschlesien beim deutschen Vaterlande zu erhalten, soweit irgend angängig, die oberschlesischen industriellen Werke bei der Vergebung von Lieferungen in jeder möglichen Weise zu berücksichtigen."

**Wegfall der Sicherheitsleistung bei Durchfuhr deutscher Sendungen durch das Ausland.** Für den Zwischen-Auslandsverkehr (Verkehr aus dem Inland durch das Ausland nach dem Inland) sind weder Ein-, Aus- noch Durchfuhrgenehmigungen erforderlich; es sind aber von einzelnen Zollämtern zur Sicherstellung der Wiedereingangs der Waren auch in diesen Fällen Sicherheiten gefordert worden. Die die Bestimmungen der E. V. O. genügend Gewähr für den Wiedereingang der durch das Ausland durchgeführten Sendungen bietet, ist nach einer der Handelskammer zu Berlin vorliegenden Mitteilung bis auf weiteres von der Stellung der Sicherheiten seitens der Zollstellen im allgemeinen abzusehen. Die Vereinstimmung kann aber in verdächtigen Fällen nicht Platz greifen. Gleichzeitig wird darauf aufmerksam gemacht, dass die Zollgebühren, die für deutsche Sendungen durch das Saargebiet bisher für Statistik, Stempel, Bleie u. dgl. erhoben wurden, mit Wirkung vom 20. November 1920 weggefallen sind.

## Aktiengesellschaften.

**Engelhardt Brauerei A.-G. in Berlin.** Die heutige Generalversammlung genehmigte die vorgeschlagene Gewinnverteilung von 15% für die Stammaktien und 7% für die Vorzugsaktien, desgleichen die bekannten Fusionsanträge mit der Vereinigtge St. Georgen- und Feldschlösschen Brauerei A.-G. zu Sangerhausen und mit der Breslauer Union-Brauerei A.-G. zu Grünecke Bad Breslau. Auf je 3000 Mark Stamm- und Vorzugsaktien der Vereinigten St. Georgen- und Feldschlösschen Brauerei A.-G. mit Dividendenschein für 1920-21 (der Dividendenschein für 1919-20 wird von der Engelhardt Brauerei A.-G. mit 11 % eingelöst), entfallen 2000 M. Stammaktien der Engelhardt Brauerei mit Dividendenberechtigung für 1920-21. Die Modalitäten der Uebernahme der Breslauer Union-Brauerei A.-G. sind die gleichen. Mit Rücksicht auf diese Transaktion wurde ferner beschlossen, das Kapital der Engelhardt Brauerei um 5 Mill. Mark zu erhöhen. Die neuen, ab 1. Oktober 1920 dividendenberechtigten Aktien werden wie folgt verwertet: 500 000 M. neue Aktien entfallen für die Fusion mit der Vereinigten St. Georg-Feldschlösschen Brauerei A.-G., 800 000 Mark für die Fusion mit der Breslauer Union-Brauerei, weiterhin 2 100 000 M. für die Interessengemeinschaft mit der C. A. F. Kahlbaum A.-G. verwertet werden. Die Engelhardt Brauerei übernimmt im Austausch 600 000 M. Kahlbaum-Aktien. Die restlichen 1 600 000 M. übernimmt die Bank für Handel und Industrie für ein Konsortium zum Kurse von 165 %, wovon die Bank zwei Drittel des Erlöses an die Engelhardt Brauerei zu zahlen hat. Das bisher beschaffte Stammkapital der Vorzugsaktien wurde zur Vorbeugung einer Ueberfremdung auf zehnfach festgesetzt. Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurde Herr von Wallenberg, Breslau, und Herr Paul Schüler, Bochum i. W.

**Wollmarkt in Antwerpen.** Laut Meldung der T. U. wurden auf dem letzten Wollmarkt in Antwerpen von 12 000 zum Verkauf angebotenen Ballen nur 2000 verkauft, da die Käufer sich sehr zurückhaltend verhielten. Die Preise waren um 5% niedriger als die letzten Anzeboten, die Qualitäten im allgemeinen 10% über dem Mittelmaß.

## Kurszettel vom 4. Januar 1921

Umrechnungssätze: 1 Lstl.=20,40 M., 1 Doll.=4,20 M., 1 Rbl.=2,16 M., 1 Goldfrk (alt. Gldr.)=8,20 M., Silbrfrk (alt. Kred.)=3,16 M., Tschech. Wkr. =12 M., 1 fl. österr. Währ. a. 1 fl. Silb.=1,70 M., 1 österr. Goldgld. 2 M.

1 Kronе (ständ. Währ.)=0,65 M., 1 Gld. holl. Währ.=1,70 M., 1 F. (oder 1 Lira oder 1 Peseta oder 1 Lstscudo) M., 1 skandinavische Kronе=1,125 M., 1 Peso (Gold)=4 M., 1 Peso (argentin. Papiers)=1,75 M.

### Amtliche Wechselkurse

| Devisen | 4. 1. Geld | 4. 1. Brief | 3. 1. Geld | 3. 1. Brief |
|---|---|---|---|---|
| Holländische Gulden | 2360,00 | 2366,00 | 2372,00 | 2377,00 |
| Belgien | 1400,00 | 1404,00 | 1424,00 | 1428,00 |
| Dänische Kronen | 1148,00 | 1151,00 | 1139,00 | 1142,00 |
| Italien | 824,00 | 826,00 | 833,00 | 835,00 |
| Schweden Kronen | 1191,00 | 1194,00 | 1187,00 | 1190,00 |
| Norwegen Kronen | 1088,00 | 1091,00 | 1081,00 | 1083,00 |
| Italien Lire | 824,00 | 826,00 | 833,00 | 835,00 |
| London | 1000,00 | 1002,00 | 1000,00 | 1002,00 |
| Neuyork Doll. | 224,00 | 225,00 | 224,00 | 225,00 |
| Paris Frk. | 1000,00 | 1002,00 | 1000,00 | 1002,00 |
| Schweiz Frk. | 1148,00 | 1151,00 | 1148,00 | 1151,00 |
| Spanien Peseta | 1000,00 | 1002,00 | 1000,00 | 1002,00 |
| Wien alt Kr. | — | — | — | — |
| Prag Kr. | 64,00 | 65,00 | 65,00 | 66,00 |
| Budapest Kr. | 61,00 | 62,00 | 61,00 | 62,00 |

### Laufende Kassa-Notierungen nach amtl. Feststellung

| | | | |
|---|---|---|---|
| Dollar-Noten | 217,00 | Pfandbr. | 459,-52 |
| Dollar-Schecks | 225,50 | Eisenbahnbl. | 241,-27 |
| Holländ. Noten | 2365,00 | Hamburger | 372,-73 |
| Holländ. Schecks | 2365,00 | Hamburger | 372,-73 |
| Belgische Noten | 1400,00 | Hohenl. Pfandbr. | 439 |
| Belgische Schecks | 1400,00 | Ostpr. Schw. | 381 |
| Dänische Noten | 1148,00 | | |
| Dänische Schecks | 1148,00 | Allg. El. Ges. | 350,25-47 |
| Schwedische Noten | 1191,00 | Bergm. Elektr. | 74-71 |
| Schwedische Schecks | 1191,00 | C. Deters | 228,5 |
| Norwegische Noten | 1088,00 | Felten & Guill. | 309 |
| Norwegische Schecks | 1088,00 | Gaggenau | 215-17 |
| Italienische Noten | 824,00 | Gelsenkirch. Bergw. | 144,5-46 |
| Italienische Schecks | 824,00 | Hansa Lloyd | 149 |
| Schweizer Noten | 1148,00 | Kayser & Co. | 145 |
| Schweizer Schecks | 1148,00 | Kleyer | 1,00 |
| Spanische Noten | 1000,00 | Kronprinz | 1,00 |
| Spanische Schecks | 1000,00 | Lahmeyer | 1,00 |
| Tschechische Noten | 12,00 | Lingel Schuh | 1,00 |
| Tschechische Schecks | 12,00 | Mannesmann | 1,00 |
| Russische Noten | 2,00 | Mix & Genest | 1,00 |
| Russische Schecks | 2,00 | Naumann | 1,00 |
| Polnische Noten | 1,00 | Orenstein & Koppel | 1,00 |
| Polnische Schecks | 1,00 | Phönix | 1,00 |
| Rumänische Noten | 1,00 | Rheinstahl | 1,00 |
| Rumänische Schecks | 1,00 | Schles. Bergw. | 1,00 |
| Türkische Noten | 1,00 | Siemens & Halske | 1,00 |
| Türkische Schecks | 1,00 | Siemens Schuckert | 1,00 |
| Deutsch-Oesterr. Noten | 1,00 | Stahlwerk Becker | 1,00 |
| Deutsch-Oesterr. Schecks | 1,00 | Stolberger Zink | 1,00 |
| Ungarische Noten | 1,00 | Thüringer Gas | 1,00 |
| Ungarische Schecks | 1,00 | Westeg. Alkali | 1,00 |
| Bulgarische Noten | 1,00 | Wanderer | 1,00 |
| Bulgarische Schecks | 1,00 | Zellstoff Waldhof | 1,00 |
| Finnische Noten | 1,00 | Deutsch. Erdöl | 1,00 |
| Finnische Schecks | 1,00 | Deutsch. Gas | 1,00 |

### Einheitskurse

| Deutsche Anleihen | | |
|---|---|---|
| Deutsche Reichsanleihe ohne Auslosungsrechte | 4% | 30,00 |
| do. do. mit Auslosungsrechte bis 16 Juli 1921 | 4% | 30,00 |
| do. do. do. 16 Juli 1921 bis 16 Juli 1926 | 4% | 30,00 |
| do. do. do. 16 Juli 1926 | 4% | 30,00 |
| Schutzgebiete Anleihe | 3% | 0,00 |
| Sparprämien-Anleihe | 3% | 0,00 |
| Pr. St.-Schatz 1. u. 2. Ausg. | 5% | 67,00 |
| do. 3. Ausg. | 5% | 67,00 |
| do. 4. u. 5. Ausg. | 5% | 67,00 |
| do. 6. Ausg. 1924 | 5% | 67,00 |
| Freuß Konsols | 4% | 34,00 |
| do. do. Staatsanl. | 4% | 34,00 |
| do. do. Schatzanw. | 4% | 34,00 |
| do. do. | 4% | 34,00 |
| Sächs. Staatsanl. | 3% | 30,00 |
| Bayr. St.-Anl. | 4% | 32,00 |
| Baden Anl. | 4% | 32,00 |
| Hessen Anl. | 4% | 32,00 |
| Mecklenburg. Anl. | 4% | 32,00 |
| Oldenburg. Anl. | 4% | 32,00 |
| Sachsen-Weim. Anl. | 4% | 32,00 |
| Schutzgebiete-Anl. | 3% | 0,00 |
| Stadtanleihen | | |
| Altona | 4 | 34,00 |
| Augsburg | 4 | 34,00 |
| Berlin | 4 | 34,00 |
| do. | 4 | 34,00 |
| Braunschweig | 4 | 34,00 |
| Breslau | 4 | 34,00 |
| Chemnitz | 4 | 34,00 |
| Dresden | 4 | 34,00 |
| Frankfurt a. M. | 4 | 34,00 |
| Hamburg | 4 | 34,00 |
| Hannover | 4 | 34,00 |
| Kiel | 4 | 34,00 |
| Leipzig | 4 | 34,00 |
| Mannheim | 4 | 34,00 |
| Nürnberg | 4 | 34,00 |
| Stettin | 4 | 34,00 |
| Wiesbaden | 4 | 34,00 |
| Wilmersdorf | 4 | 34,00 |
| Preuß. Pfandbriefe | | |
| Preuß. Pfandbriefe | 4% | 32,00 |
| do. neuerworbene | 4% | 32,00 |
| do. neue | 4% | 32,00 |
| Preuß. Rentenbriefe | 4% | 32,00 |
| do. neuerworbene | 4% | 32,00 |
| do. neue | 4% | 32,00 |
| Preuß. Staatsschuldbriefe | 4% | 32,00 |
| Schlesische Pfandbriefe | 4% | 32,00 |
| Schlesische Rentenbriefe | 4% | 32,00 |
| Sächsische Rente | 3% | 30,00 |
| Pommersche Pfandbriefe | 4% | 32,00 |
| do. neue | 4% | 32,00 |
| Schles. neue | 4% | 32,00 |
| Schlesw.-Holst. neue | 4% | 32,00 |
| Westfälische neue | 4% | 32,00 |
| Landschaftliche Pfandbriefe | | |
| Ostpreuß. Landschaft | 4% | 32,00 |
| Pommersche Landschaft | 4% | 32,00 |
| Posen. Landschaft | 4% | 32,00 |
| Schlesische Landschaft | 4% | 32,00 |
| Westpreuß. Landschaft | 4% | 32,00 |
| Anstalten, Aktien | | |
| Berl. Hypothekenbank | 4% | 32,00 |
| Berl. Pfandbr.-Bank | 4% | 32,00 |
| Berl. Stadtschaft | 4% | 32,00 |
| Deutsche Bodenkredit | 4% | 32,00 |
| Deutsche Hypothekenbank | 4% | 32,00 |
| Deutsche Kommunalbank | 4% | 32,00 |
| Deutsche Landesbank | 4% | 32,00 |
| Deutsche Pfandbriefbank | 4% | 32,00 |
| Deutsche Rentenbank | 4% | 32,00 |
| Deutsche Rentenbank | 4% | 32,00 |
| Deutsche Renten